***PROTOKOLL***

***über die 29. ordentliche Sitzung des Gemeinderates***

***der Stadt Steyr***

***am Donnerstag, 4. Oktober 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten,***

***Gemeinderatssitzungssaal.***

***Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr***

**Anwesend:**

**BÜRGERMEISTER:**
Ing. David Forstenlechner

**VIZEBÜRGERMEISTER/IN:**
Friederike Mach
Gerhard Bremm
Ing. Dietmar Spanring

**STADTRÄTE/IN:**
Wilhelm Hauser
Gunter Mayrhofer
Walter Oppl
Ingrid Weixlberger

**GEMEINDERÄTE:**
DI Christian Altmann
Karl Baumgartner
Rudolf Blasi
Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta
Harald Dunst
Roman Eichhübl
Ernst Esterle
Ute Fanta
Mag. Martin Fiala
Helga Feller-Höller
Mag. Michaela Frech
Monika Freimund
Ing. Wolfgang Hack
Gerald Hackl
Ing. Franz-Michael Hingerl
Mag. Stephan Keiler LL.M.
Mag. Gerhard Klausberger
Rudolf Kohl
Andreas Kupfer
Hans Payrleithner
Rosa Rahstorfer
Dr. Michael Schodermayr
Rudolf Schröder
Mag. Erwin Schuster
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Eva-Maria Wührleitner

**VOM AMT:**
MD OSR Dr. Kurt Schmidl
MD-Stv. Präs. Dir. SR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Mag. Helmut Lemmerer
Dr. Michael Chvatal

**ENTSCHULDIGT:**
GR Kurt Apfelthaler
GR Dr. Helmut Zöttl

**PROTOKOLLFÜHRER:**
MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer
Gabriele Obermair

## TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

**Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:**

| | |
|---|---|
| 1) GHJ2-67/07 | Reparatur der Hebebühne der FFW Steyr. |
| 2) Fin-71/07 | Gewährung von zusätzlichen Subventionen an den Kindergarten der Kreuzschwestern, Caritas-Kindergarten St. Michael und den Kindergarten der Pfarre Münichholz. |

**BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:**

| | |
|---|---|
| 1) Fin-136/06 | Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ); Profactor; Finanzierung der III. Ausbaustufe; Profactor III 01.2008 – 12.2013. |
| 2) Fin-221/06 | Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Vorwärtsstadions. |
| 3) BauStr-7/05 | Westspange Steyr; Einreichplanung; Grundsatzbeschluss. |
| 4) GHJ2-19/07 | Zubau einer Fahrzeughalle – Löschzug I Schiffmeistergasse. |
| 5) BauGru-15/06 | Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2/27; Hofer KG ; Ennser Straße. |

**BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

| | |
|---|---|
| 6) Präs-574/07 | Antrag der ÖVP, Grünen und des Bürgerforums betreffend Neufestlegung der Tarifordnung für Kindergärten und Horte in Steyr. |
| 7) Kdg-5/07 | Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Tarifordnung. |
| 8) K-79/07 | Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/Innen des Roten Kreuzes 2007. |

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

| | |
|---|---|
| 9) GHJ2-59/07 | Neueindeckung Museum grünmarktseitig. |
| 10) Sport-11/00 | Stadthalle Steyr; Vertrag mit der Republik Österreich; Nutzung einer Teilhalle durch das BRG Michaelerplatz. |
| 11) Fin-122/06 | Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG; Aufstockung des Investitionsvolumens. |

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:**

12) Präs-575/07 Antrag der Grünen betreffend Umsetzung des Konzeptes „spurwin“ für das Museum der Stadt Steyr ab 2008 in E-tappen.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:**

13) Stw-188/07 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2006.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

14) BauStr-2/06 Asphaltierungsprogramm 2006; Ennsdorf – Färbergasse BA 3; Auftragserweiterung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, werte Gäste, ich darf Sie herzlich zur heutigen GR-Sitzung begrüßen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Heute sind der GR Rudolf Blasi und der GR Ing. Wolfgang Hack die Protokollprüfer. Entschuldigt sind heute GR Dr. Helmut Zöttl und GR Kurt Apfelthaler.
Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**.

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 21. 9. 2007 folgende Anfrage an mich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Stadt Steyr verzeichnet zu den anderen Statutarstädten Linz und Wels seit Jahren einen Bevölkerungsrückgang. Dieser Umstand führt unter anderem auch zu finanziellen Problemen für unsere Stadt, weil dadurch geringere Geldmittel vom Bund im Wege des Finanzausgleiches in die Stadtkasse fließen.

Andererseits steigen jährlich vor allem die Sozialausgaben der Stadt Steyr massiv an. Vor dem Hintergrund des ständig steigenden hohen Schuldenstandes stellt die FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage:

Was wird von den Verantwortlichen unserer Stadt gegen diesen sinkenden Bevölkerungsstand unternommen, der künftig zu noch größeren Finanzproblemen führt? Welche Maßnahmen werden gesetzt, dass vor allem jüngere Menschen, die zwar in Steyr einer Beschäftigung nachgehen, aber auswärts wohnen, auch die Möglichkeit bekommen, sich in Steyr niederzulassen?

Hiezu kann ich Folgendes mitteilen:

Unter Zugrundelegung der vom Land Oberösterreich im Juli 2007 publizierten Zahlen über die Bevölkerungsveränderung in Oberösterreich ergibt sich bei der Berechnung nach der Volkszahl ein Nettorückgang bei den Ertragsanteilen von ca. € 791.000,--. Eine Berechnung nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel ist nicht möglich, da für die hochgerechneten Bevölkerungszahlen keine entsprechenden Werte vorliegen.

Ob die Bevölkerungsentwicklung tatsächlich so eintritt, kann nicht verifiziert werden.

Was unternimmt die Stadt Steyr, um die Bevölkerung im Stadtgebiet zu erhalten?

In den letzten 10 Jahren wurden von den Gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen über 600 Wohnungen neu errichtet.

Weiters wurde von der GWG der Stadt Steyr im Stadtteil Resthof für Jungfamilien die Aktion „4 X 4“ gestartet. Für jede Wohnung gilt ein Fixpreis in der Höhe von vier Euro pro Quadratmeter. In diesem Preis sind sämtliche Betriebskosten und Heizkosten inkludiert. Der Quadratmeterpreis von vier Euro gilt maximal vier Jahre (darum der Name vier mal vier) oder bis zum 30. Lebensjahr des Wohnungsmieters. Nach Ablauf dieser Fristen wird die Standard-Miete verrechnet. Als Baukostenbeitrag oder Kaution ist beim Beziehen der Wohnung in jedem Fall ein Betrag von € 1.300,-- zu zahlen.

Und mit der Umwidmung der Staffelmayrgründe haben wir die Grundlage geschaffen, dass Familien, die Eigenheime oder Reihenhäuser errichten

wollen, dies auch auf Steyrer Stadtgebiet tun können.

Als weiteres Beispiel, sich hier anzusiedeln, bietet die Stadt eine Infrastruktur, welche viele andere Städte kaum zu bieten haben, z. B. öffentlicher Verkehr mit kurzen Intervallen, freiwillige Sozialleistungen, verschiedene Einrichtungen zur Altersversorgung, Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten von 6:30 Uhr morgens bis 18:00 Uhr abends, ein Schulangebot von der Grundschule bis zur universitären Ausbildung, der Möglichkeit am Forschungs- und Entwicklungssektor tätig zu sein, bis hin zur Möglichkeit, sich hier betrieblich zu äußerst günstigsten Konditionen niederzulassen.

Aber auch das Umfeld an attraktiven Arbeitsplätzen in Betrieben, wie BMW, MAN, SKF, SYSTEMA, Burg Design, um nur einige zu nennen, sollten Anreiz dafür sein, sich in Steyr niederzulassen.

Dies sind beispielhaft einige Maßnahmen, die es Menschen - egal ob jüngere oder ältere - möglich machen, sich in der schönen Stadt Steyr niederzulassen und hier den Hauptwohnsitz zu gründen.

Der Tatsache, dass Steyr leider nur 26 km² Grundfläche hat und in der direkten Umgebung billigere und von Steyr auch rasch erreichbare Grundstücke zum Eigenheimbau angeboten werden, diese Tatsache können wir leider nicht wegdiskutieren.

Ich komme zu Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Gedenk-Stele vor ehemaliger Synagoge enthüllt

Bei strömenden Regen wurde am Dienstag, den 11. 9. 2007, gemeinsam mit Karl Ramsmaier vom Komitee Mauthausen und George Wozasek, dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde in Linz, eine neue Erinnerungs-Stele vor der ehemaligen Synagoge in der Pachergasse enthüllt. Diese Stele erinnert an die jüdische Gemeinde in Steyr, die durch das Terror-Regime der Nazis Ende der 30er-Jahre des vorigen Jahrhunderts ausgelöscht worden ist. Für die Gedenk-Stele haben sich vor allem das Komitee Mauthausen, die Raiffeisenbank Region Steyr und die Stadt Steyr engagiert.

Neuer Brunnen auf dem Wieserfeldplatz

Mit einem Fest am Samstag, 15. 9. 2007, wurde ein neuer Brunnen auf dem Wieserfeldplatz eröffnet. Der Bronzebrunnen mit den tanzenden Menschen ist das letzte Werk des Steyrer Bildhauers Mag. Gerald Brandstötter. Der Künstler ist 2004 bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt. Finanziert wurde der Brunnen von August Reichenpfader und der Familie Braunsberger sowie der Stadt Steyr.

Mobilitätstag: Großes Interesse der Bevölkerung

Großen Anklang bei der Bevölkerung fand der Mobilitätstag in Steyr am 22. September.

Zahlreiche Steyrerinnen und Steyrer nutzten an diesem Vormittag die Gelegenheit, um sich die moderne städtische Busflotte anzusehen oder am Glücksrad einen Preis zu erdrehen. Viele Besucher informierten sich über das Stadtbus-Angebot und das Verkehrskonzept. Buschauffeure erklärten Interessierten vor Ort die Funktion der Kartenautomaten und informierten über die Linienführung und Fahrpläne.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im August 2007 betrug 4,6% und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,6 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im August 2007 2.002 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 5,8 % (d.s. 109 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 11,6 % (d.s. 263 Personen).

Im August 2007 sind 562 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 16 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 91 Stellen weniger.

Zu Punkt 4), **„Aktuelle Stunde“**, gibt es keine Meldungen. Ich bitte nun um **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**. Als nächsten Punkt haben wir dann die **Verhandlungsgegenstände** und ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin Mach den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Punkt geht es um die Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich, Profactor, Finanzierung der dritten Ausbaustufe für die Jahre 2008 bis 2013. Seit dem Bestehen von Profactor, seit 1995, hat sich die Stadt immer mit Fördermitteln beteiligt. Es ist besonders erfreulich, dass sich dieser Forschungsstandort sehr positiv entwickelt. In der kommenden Leistungsperiode von 2008 bis 2013 soll es um eine Reihe von übergeordneten Zielsetzungen gehen. Zum einen Förderung unserer ehrgeizigen Fortschrittsregion Steyr und der hier ansässigen sogenannten Global Players oder internationalen Spieler, wie man auf Deutsch sagen sollte, AFL, BMW, MAGNA, MAN, SKF und deren Zulieferern. Dann geht es auch darum, hier die Reputation bei den Brüsseler Kommissionsabteilungen zu unterstützen. Es geht auch darum, dass die Klein- und Mittelbetriebe, also die sogenannten KMU, entsprechend in Zukunft Unterstützung durch Profactor erfahren sollten.
Es gibt für diese Forschungsaufträge einen entsprechenden Finanzierungsschlüssel, der so ausschaut, dass 55 % durch Eigenmittel aufgebracht werden, 45 % durch eine sogenannte Basisfinanzierung, davon, von diesen 45 %, kommen wieder 50 % von der EU, Regionalfördermittel (EFRE), 25 %, das sind 3 Millionen nationale Co-Finanzierung durch den Bund, 15 %, das entspricht 1,8 Millionen, durch das Land OÖ und 10 %, also ein relativ großer Betrag, durch die nationale Co-Finanzierung der Stadt Steyr.

Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

1) Fin-136/06
   Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ); Profactor; Finanzierung der III. Ausbaustufe; Profactor III 01.2008 – 12.2013.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Übernahme eines Finanzierungsanteiles in Höhe von

**€ 1.200.000,00**
**(i.W. einemillionzweihunderttausend)**

Bei der VASt. 1/289000/757200 für das Projekt PROFACTOR III für den Finanzierungszeitraum Jänner 2008 bis Dezember 2013 wird zugestimmt.

Der Auszahlung dieser Fördermittel in den Jahren 2008 bis einschließlich 2013 wird entsprechend dem im zitierten Amtsbericht näher dargestellten Finanzierungsplan grundsätzlich zugestimmt. Die entsprechenden Mittel sind in den Voranschlägen 2008 bis 2013 vorzusehen. Die Auszahlung der Förderungsbeträge der Stadt hat jeweils in zwei gleichen Halbjahresraten im Jänner und Juli eines jeden Finanzjahres zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer übt Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem zweiten Punkt geht es um Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Vorwärtsstadions. Und zwar ist das nur eine Weiterleitung. Mit Schreiben des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 2. Juli wird der Stadt Steyr für dieses Vorhaben eine Bedarfszuweisung in der Höhe von 135.000,-- Euro überwiesen und wir werden diesen Betrag weiterleiten.

Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

2) Fin-221/06
Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Vorwärtsstadions.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 9. Juli 2007, wird der Weiterleitung der vom Land OÖ gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 135.000,-- an den SK Vorwärts Steyr, für die Sanierung des Vorwärtsstadions, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VA 5/269000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von Euro 135.000,-- für das Rechnungsjahr 2007 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 Statut der Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Punkt geht es um die Westspange Steyr, um die Einreichplanung und um einen Grundsatzbeschluss. Es ist ja seitens des Landes der zuständige Referent, das ist der LR Hiesl, an mich herangetreten und hat gemeint, die Stadt soll in Vorlage treten. D. h., wir sollen diese Planung vorfinanzieren, dann ist die Chance zumindest gewahrt, dass nach Fertigstellung der B 309 relativ rasch mit dem Bau der Westspange begonnen werden kann. Ich hoffe, diese Zusage wird entsprechend auch halten.

Ich bitte diesem Antrag die Unterstützung zu geben.

3) BauStr-7/05
Westspange Steyr; Einreichplanung; Grundsatzbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 31. Juli 2007 wird der Ausschreibung der straßenrechtlichen Einreichplanung seitens der Stadt Steyr mit Ziel im Jahre 2008 eine Verordnung des Straßenzuges einzuleiten, eine Aufnahme in die Landesstraßenvorhabensreihung zu erwirken und das straßenrechtliche Bewilligungsverfahren, samt der erforderlichen Umweltverfahren, einzuleiten, grundsätzlich zugestimmt.
Eine Trassenvermessung und begleitende Verkehrsuntersuchungen, sowie erforderliche entwässerungs- und umweltrelevante Planungen, sind Bestandteil der Planungsaufträge. Nach Ausschreibung und Vorliegen konkreter Anbote ist ein gesonderter Vergabeantrag vorgesehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Hingerl bitte.

GEMEINDERAT
ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr verehrte Gemeinderäte, liebe Presse. Die Westspange Steyr, an der Ennser Straße, da wachsen die Betriebe Richtung Norden. Gleink wird dichter bebaut. Eine geregelte Busverbindung und Umkehrschleife in Gründberg wird gefordert. BMD-Baute, die Siedlungen an der Feldstraße und an der Staffelmayrstraße wachsen stetig. Die Bewohner des Sonnenparks wünschen Querungshilfen, die Trassenverordnung der Westspange ist dringend erforderlich.
Ein kurzes Statement des Bestandes: Wir haben derzeit einen Schleichverkehr an der Reindlgutstraße, Staffelmayrstraße, Feldstraße und in der August-Moser Straße. Dieser nimmt stark zu. Durch Maßnahmen hat die Stadt Steyr diese Bereiche durch den Durchzugsverkehr bremsen müssen. Die Mitglieder des Verkehrsausschusses mussten sich in der Vergangenheit mit solchen Problemen beschäftigen. Im Bereich Seifentruhe, Tabor, Taschelried und Resthof kommt es mehrmals täglich zu Staus. Bremsen, anfahren, Ärger, Zeitverzug sind die Folge. Beim Durchzugs- als auch beim Quell- und Zielverkehr ist hier Not am Mann. Die Auswirkungen für die Umwelt von Verkehr durch Wohngebiet bringt Lärm, Staub, Abgasentwicklung, erhöhten Ausstoß an Feinstaub und CO 2. Auch im Umweltausschuss Themen die wir behandelt haben und über die gesprochen werden. Dabei ist es doch sehr einfach. Es fehlt nur ein kurzes Stück Landesstraße. Ein Stück Landesstraße, dass nun die Stadt Steyr in Vorlage tritt und hier für ihre Bürger etwas Positives macht.
Ich möchte einige Vorteile der Westspange ganz kurz anschneiden. Das ist jetzt nur das ganz das grobe Vorprojekt, ganz grob geschildert. Die Verbindung vom Bierhäuslberg Richtung Ennser Straße ist ja an sich bekannt. Die Planung und Errichtung der Westspange hat erhebliche positive Auswirkungen auf die Stadt Steyr auf laufende und auf zukünftige Planungen. Ich glaube wir sind uns gar nicht im Detail bewusst, welche Vorteile das bringen wird. Baumaßnahmen der Stadt Steyr werden positiv beeinflusst. Sie wird einen verlorenen Zeitaufwand von rechnerisch um die 1.500 Arbeitsstunden pro Tag verbessern, sie wird einen erheblichen volkswirtschaftlichen Gewinn einfahren. Wenn man sich vorstellt, dass man auf der Westspange mit 70 km/h fahren kann, durch Steyr am Tabor mit derzeit, wenn man Glück hat, 25 km/h, bringt dies nicht nur Vorteile bei Staub- und Lärmemissionen sondern verringert die Fahr-

strecke um rund 1,2 km, spart Schadstoffe. Ein durchschnittliches Fahrzeitverringern von 7 Minuten ist durchaus im reellen Bereich. Es werden die Bereiche Gründberg entlastet, Aichet entlastet, Seifentruhe, Tabor, Taschelried und Resthof. Die betroffenen Bewohner werden es uns danken. Ich ersuche daher um Zustimmung und eine positive Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, sehr geehrte Gäste. Der Kollege Hingerl hat ja erfreulicherweise einige sehr positive Vorteile dieser Westspange hier vor dem Gemeinderat zum Ausdruck gebracht. Eigentlich war es ja eine Erinnerung, Herr Kollege Hingerl, denn ich kann mich erinnern, nachdem ich schon längere Zeit hier im Gemeinderat tätig bin, dass wir schon vor 20 Jahren in etwa darüber gesprochen haben, oder ist es noch länger aus, weil die Nordspange hat ja auch 25 Jahre gedauert bis sie realisiert wurde, und damals eigentlich schon auf die Vorteile darauf hingewiesen haben und vor allen Dingen die Entwicklung damals bereits im Auge gehabt haben. Also eigentlich müsste ja schon vor einigen Jahren die Westspange eröffnet sein und die ersten Reparaturen durchgeführt worden sein. So schaut es in Wahrheit aus, aber es ist erfreulich, dass Sie nochmals uns darüber informiert haben, welche Vorteil die Westspange hat.
Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es in diesem Fall nur positive Meldungen geben wird, dass jene, die nach mir reden, ebenso der Meinung sind, dass es unbedingt erforderlich und höchst an der Zeit ist, dass wir hier einen Grundsatzbeschluss fassen. Ich hoffe nur, dass es nicht so lange dauert, was die Realisierung betrifft, als die vorhin von mir angesprochene Nordspange. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster ist Herr Stadtrat Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste. Ich glaube die Notwendigkeit einer Westumfahrung ist sehr ausführlich schon erklärt worden. Jeder der während der Tageszeit, da meine ich nicht nur Spitzenzeiten, durch Steyr fährt und hier vor allem z. B. Seifentruhe, Wehrgraben, Taborkreuzung, der weiß, was auf uns zukommt, wenn man überlegt, dass das vielleicht noch einige Jahre dauern wird bis die Westspange errichtet wird. Bei einer prognostizierten Zunahme des Verkehrs, wie wir sie jetzt am Tisch liegen haben, ist der Verkehrskollaps vorprogrammiert. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt diesen ersten Schritt machen, mit dieser Planung der Westspange. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Wir sollten überlegen, ob wir es nicht generell auch vorfinanzieren und machen, weil vollen Ernstes zu überlegen, dass wir damit womöglich noch 10, 15 Jahre warten müssen, das möchte ich keinen Steyrer Bürger zumuten. Das ist ein Szenario wo ich wirklich sagen muss, das kann nicht sein. Darum bitte schön wirklich auch zu überlegen, es gibt ja sehr viele Gemeinden die das bereits machen, ob nicht auch Steyr diesen Schritt geht. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sollen wir die Kompetenzen vom Hiesl übernehmen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste. In die Euphorie meiner Vorredner kann ich nicht ganz einstimmen und zwar aus zwei Gründen. Erstens glaube ich, dass es noch sehr viel Hochwässer in Steyr geben wird bevor wir die Westspange bekommen werden. Die zeitliche Dimension ist ja bereits von meinen Vorrednern angesprochen worden. Im Landesstraßenprogramm sind wir derzeit ja mit diesem Projekt nicht drinnen. Dass eine gewisse Vorleistung von uns notwendig ist, das steht außer Streit. D. h., die Finanzierung dieses Projektes steht in den Sternen. Eine Finanzierung der Stadt kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen. Das können und das sollten wir uns auch nicht leisten, denn wenn das Schule macht, dass die Stadt Investitionen für überregionale Gebietskörperschaften macht, dann werden wir das bei anderen Projekten auch so haben. Der zweite Grund warum ich nicht so euphorisch bin ist der, was auch das Inhaltliche und das Verkehrspolitische betrifft mit diesem Projekt. Ich kann mich noch erinnern über die Diskussion bei der Nordspange, da hat man gesagt, wir brauchen die Nordspange um den Verkehr aus der Stadt hinauszubringen, um den Schwerverkehr auf die Nordspange zu bringen für unsere großen Industrieunternehmen. De facto ist es derzeit so, dass der Schwerverkehr nicht aus unserer Stadt draußen ist, dass wir auch durch die Ausnahmeregelungen derzeit damit konfrontiert sind, dass wir sehr, sehr viel Schwerverkehr am Taborknoten haben, der nach wie vor dort durchfährt. Ein Grund, und da sind wir schon ein bisschen selbst auch schuld mit unserer Raumplanung, Quell- und Zielverkehr. Wir ziehen Verkehr nach wie vor in die Innenstadt rein mit unseren Projekten. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Planungen Kaserne verweisen. Wenn wir z. B. ein Einkaufszentrum dort, mit überregionalem Anspruch, errichten, dann ist das auch ein Verkehrserreger, der meines Erachtens im Stadtzentrum nichts verloren hat. D. h., wenn wir die Westspange andiskutieren, und wir sind nicht dagegen, das möchte ich vorausschicken, wir unterstützen diesen Antrag, dann möchte ich schon auch daran erinnern, dass wir ein Verkehrskonzept in unserer Stadt haben wo wir gesagt haben, Verkehr aus der Innenstadt raus, Schwerverkehr aus der Innenstadt raus, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Förderung der Fuß- und Radwege, das müssen wir uns auch ins Stammbuch schreiben, wenn wir Projekte in der Innenstadt machen, nicht zuletzt bei der Kaserne. Diese Diskussionen werden wir noch hören. Aus diesem Grund, ja zu diesem Antrag, aber doch größte Vorsicht was weitere verkehrserregende Infrastrukturprojekte im Stadtzentrum betrifft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Darf ich vielleicht noch ein paar Bemerkungen dazu anbringen. Ich war beim LH-Stellvertreter Hiesl in Linz und das stimmt ja, dass dieses Projekt auf keiner Liste des Landes aufscheint und er nur bereit ist überhaupt darüber zu reden, wenn die Stadt Steyr die Vorfinanzierung dieses Projektes in die

Hand nimmt. Also, wir sind eigentlich eh schon sehr weit gegangen obwohl das rein eine Kompetenz des Landes wäre. Also auch der Ausbau der Ennser Straße z. B. ist Kompetenz des Landes. Der Taborknoten, Posthofknoten, ähnliche Projekte, sind Kompetenz des Landes. Nur weil wir einfach ganz klar auch sehen, dass es in Zukunft in diesem Bereich weitere Projekte geben wird, es gibt ja bereits bei mir Leute die das Bauhaus z. B. Richtung Gleink rausstellen wollen, oder ähnliche Firmen die sich in diesem Bereich ansiedeln wollen, und da müssen wir jetzt schon wissen, wo könnte sich dann so eine Firma ansiedeln und wie könnte die Straße in diesem Bereich aussehen und wie können die ganzen Aufschließungsstraßen dann für diese Firmen, Häuser oder Immobilien, die halt dort gebaut werden, aussehen. Darum ist es notwendig, dass wir jetzt bereits Geld in die Hand nehmen, vonseiten der Stadt, wo eigentlich das Land OÖ verpflichtet wäre hier in Vorleistung zu treten und uns zu unterstützen. Aber wir kennen in Steyr die Behandlung durch das Land und wir wissen auch wie allgemein die Straßen in OÖ aussehen im Vergleich zu Niederösterreich. Ich möchte nur daran erinnern, dass in OÖ zwar wunderschöne Schallschutzwände entlang der Autobahn gebaut werden, in ganz Deutschland gibt es nicht diese Menge an Schallschutzwänden, und der Preis für diese Schallschutzwände, um diesen Preis hätten wir für Steyr eine wunderschöne Straßenaufschließung schon gestalten können. Also, das ist für mich wirklich ein Paradebeispiel wie man Straßenplanung hier in unserem Bundesland betreibt. Ich hoffe, dass mit diesem Antrag, den wir heute beschließen, eine Entlastung hier in Steyr stattfindet und eine weitere gute Entwicklung für die Stadt Steyr in Zukunft möglich wird und zwar mit kräftiger Unterstützung der Stadt und mit den finanziellen Mitteln der Stadt Steyr.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem nächsten Antrag geht es um den Zubau einer Fahrzeughalle für den Löschzug I, Schiffmeistergasse. Und zwar hat der Löschzug I ein zusätzliches Fahrzeug bekommen und kann das bisher nicht entsprechend abstellten. Da war es halt notwendig, dass eine entsprechende Erweiterung gemacht wird.
Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

4) GHJ2-19/07
Zubau einer Fahrzeughalle – Löschzug I, Schiffmeistergasse.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 05. 09. 2007 wird den Auftragsvergaben für den Zubau einer Fahrzeughalle mit Sanitärräumlichkeiten des Löschzuges I Schiffmeistergasse, Schiffmeistergasse 6, an die

Fa. Mayr Bau,Steyr – Materialbeistellung
€ 26.722,27 inkl. USt., die
Fa. Kommunale Dienstleistungen, Steyr - Innenausbau
€ 10.816,00 inkl. USt., die
Fa. Faatz, Steyr – Dachdeckerarbeiten
€ 9.235,38 inkl. USt., die
Fa. Mayr Bau, Steyr, Vollwärmeschutz
€ 6.935,05 inkl. USt., die

Fa. Blasl, St. Ulrich - Einfahrtstor
€ 6.708,00 inkl. USt., die
Fa. Gundendorfer, Steyr - Zimmermannsarbeiten
€ 6.368,04 inkl. USt., die
Fa. Seywaltner, Steyr - Malerarbeiten
€ 1.620,00 inkl. USt., die
Fa. Höber, Steyr – Sanitär und Heizung
€ 5.200,00 inkl. USt., die
Fa. Lamplmayr, Steyr - Elektroinstallation
€ 4.900,00 inkl. USt., die
Fa. SISTEC, Steyr - Schlosserarbeiten
€ 3.700,00 inkl. USt., die
Fa. Hainisch, Steyr - Fenster
€ 900,00 inkl. USt.,

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieses Zubaues wird der Mittelfreigabe von

**€ 83.100,00 inkl. USt.**
(dreiundachtzigtausendeinhundert)
bei der VA-Stelle 5/163000/010000
(Freiwillige Feuerwehren Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 83.100,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem letzten Antrag geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2/27, Hofer KG, Ennser Straße. Die Firma Hofer KG, Sattledt, hat mit Eingabe vom 14. 03. 2006 mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, die Verkaufsfläche von 800 auf 1.200 m² am Standort Ennser Straße zu vergrößern und bittet deswegen um diese entsprechende Anpassung der Widmung. Das Amt der OÖ Landesregierung hat festgestellt, dass gegen diese Erweiterung kein fachlicher Einwand besteht und auch keine weiteren Einsprüche dagegen vorliegen.
Ich bitte auch dieser Flächenwidmungsplanänderung die Zustimmung zu erteilten.

5) BauGru-15/06
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2/27; Hofer KG; Ennser Straße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.27 wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 12. April 2006 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 29. August 2007 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 6 Stimmenthaltungen (ÖVP). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.
Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und gebe ihm den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin Mach. Ich bitte um deine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um einen Antrag den die ÖVP-Fraktion, die Grünen und das Bürgerforum gestellt haben. Er lautet:

6) Präs-574/07
Antrag der ÖVP, Grünen und des Bürgerforums betreffend Neufestlegung der Tarifordnung für Kindergärten und Horte in Steyr.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ing. David Forstenlechner!

Die ÖVP, das Bürgerforum und Die Grünen stellen laut § 6 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr folgenden Antrag:

Neufestlegung der Tarifordnung für Kindergärten und Horte in Steyr, unter Zugrundelegung der Empfehlung durch die Elternbeitragsverordnung des Landes OÖ 2007 und zwar bis spätestens Jahresende 2007.

Bei der Festlegung der Tarife wurde uns die Empfehlung durch die Elternbeitragsverordnung des Landes OÖ nicht im Detail zur Kenntnis gebracht. Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden nur unzureichend informiert. *(Da werden wir eh später noch darüber reden.)*

Nach heutigem Wissenstand und nach Kenntnis der Empfehlung des Landes Oberösterreich sind die Steyrer Tarife maßlos überzogen:

Bei Ganztagskindergärten (kurz 30 Stunden) 40 %
Bei Ganztagskindergärten (mittel 57 Stunden) 70 % *(Da ist aber eh schon ein Fehler drinnen, das sind nicht 57 Stunden, 70 % sondern 47 ½ Stunden. Also wenn, dann sollte man bei einem Antrag schon ein bisschen Acht geben was man schreibt.)*
Bei Ganztagskindergärten lang (57 Stunden) 90 %
Bei Horte ganztägig 70 %

Es kann nicht im Interesse der Steyrer Bürgerinnen und Bürger sein, dass Familien mit Kindern in Steyr um bis zu 90 % mehr zahlen als anderswo in Oberösterreich.
Wir erinnern an den Besuch von Sozialminister Buchinger, der uns als soziale Musterstadt bezeichnet hat und wir fordern dringlich diesem Ruf auch gerecht zu werden.

Ich ersuche um Diskussion.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte Frau GR Wührleitner.

GEMEINDERÄTIN
EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Am 11. Juni 2007 haben alle in der Landesregierung vertretenen Parteien die Elternbeitragsverordnung einstimmig beschlossen. Im Sinne der Gemeindeautonomie sind die Gemeinden und sonstigen Rechtsträger für die Umsetzung dieser Verordnung, die einen großen Handlungsspielraum zulässt, verantwortlich. Und genau um diesen Handlungsspielraum geht es. Die Stadt Steyr nutzt diesen in der vorgelegten Tarifordnung schamlos aus. Mit zunehmender Information von Nachbargemeinden müssen wir feststellen, dass wir in Steyr absolute Höchstbeiträge kassieren. Der zumut-

bare Elternbeitrag wurde vom Land mit 3 % vom Bruttofamilieneinkommen beziffert bzw. ein Mindestbeitrag von 36 Euro festgesetzt, welcher als Kinderbetreuungsbonus bei Bedarf vom Land zurückerstattet wird. Je nach Verweildauer eines Kindes sollten die 3 % mit 100, 115 bzw. 133 % berechnet werden. In Steyr werden statt 100 140 %, statt 115 170 % und statt der 133 die vom Land vorgeschlagen sind gar 190 % berechnet. Es stellt sich übrigens auch noch die Frage, warum es kein Halbtagsangebot, sprich 20 bis 29 Stunden, in Steyr gibt. Für so manch 3jähriges Kind sind 4 Stunden voll ausreichend. Kassiert wird für 6 Stunden pro Tag. Wo bleibt da die Fairness? Berechnet man die Tarife nach Landesvorschlag, ergibt sich z. B. für eine Betreuung kurz, sprich 30 Stunden, bei einem Bruttogehalt von 2.600 ein Tarif von 90 Euro. In Steyr bezahlt man 110 Euro. Monat für Monat 20 Euro mehr. Es stimmt, wenn es heißt, die Verteuerung ist nicht so hoch, denn bis zuletzt bezahlte genau diese Familie 109, also nur einen Euro mehr, aber die Stadt verlangte schon vor der Tarifregelung unverhältnismäßig hohe Beiträge, viel höher als in anderen Gemeinden und nun wird es noch teurer.
Warum nutzten viele Besserverdiener das Angebot nichtstädtischer Kindergärten, auch in diesen Reihen vertreten? Sollten es nur religiöse Gründe gewesen sein?

*Gelächter*

GEMEINDERÄTIN
EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Noch ein Beispiel gefällig? Familienbruttoeinkommen 3.400 Euro abzüglich aller Steuern, da werden ungefähr 2.500 übrig bleiben. Für einen Ganztagsplatz berappt diese Familie 197 Euro im Monat ohne Essen. Würde man dies dazu rechnen wären wir jenseits der 300; Landesvorschlag, 155. Also elfmal im Jahr bezahlt diese Familie 42 Euro mehr, das sind fast 500 Euro im Jahr. Ich glaube, diesen Betrag könnte jede Familie anderweitig gut gebrauchen.
Daher appelliere ich an Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, diese Tarifordnung neu zu überdenken und der Landesvorgabe zu entsprechen, unseren Familien zuliebe, und unserem Antrag zuzustimmen.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Vzbgm. Gerhard Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Es ist schon sehr mutig sich hier her zu stellen, nach wenigen Wochen wo die Debatte über die Kindergartentarife stattgefunden hat und hier so zu tun wie wenn man von dem Ganzen nichts gewusst hätte. Es hat zu dem Thema intensive Debatten gegeben. Ich möchte überhaupt vorausschicken, wir waren es nicht als SP, die angetreten sind und gesagt haben wir wollen eine neue Tarifordnung, ein neues Kindergartengesetz. Dass das Kindergartengesetz nicht dem entspricht was unsere sozialdemokratische Vorstellung gewesen wäre, das ist ja nicht unbekannt. Es hat ja auch im Landtag dazu heftige Diskussionen gegeben und nach einigen Korrekturen, die halt dann noch stattgefunden haben im letzten Abdruck, hat die SP dann auch eben im Landtag dem zugestimmt. Aber nur ein Kompromiss. Wir hätten uns da schon noch wesentlich andere Dinge vorstellen können. Z. B., und das hat nicht die SP abgelehnt sondern gefordert, dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend

sein soll und dass das für die Eltern unentgeltlich sein soll. Das hat die ÖVP, gemeinsam mit den Grünen die aber da nichts dafür können, die sind da ein bisschen genötigt worden, das muss ich fairerweise dazu sagen, weil die Grünen haben da schon ideologisch eine andere Haltung zum Kindergarten, dementsprechend abgelehnt. Wenn Sie sich herstellen, Frau Kollegin Wührleitner, dann sollten Sie die ganze Wahrheit sagen. Wir haben nicht die Kindergartentarife erhöht und werden teurer, sondern, und das ist in Wirklichkeit auf den Punkt gebracht, ca. 80 % der Familien die die Kinder in den städtischen Kindergarten geben haben einen billigeren Tarif wie das vor dem 1. September d. J. gewesen ist. Wir sind bei 80 % der Kinder billiger geworden. Wir haben nichts anderes getan wie das Gesetz so vollzogen wie es auch beschlossen worden ist. Es hätte ja der Gesetzgeber, wenn wir etwas Unrechtes getan hätten, dann steht es ja dem Gesetzgeber zu, auch in einer Statutarstadt, zu sagen, ihr entsprecht mit dieser Tarifordnung nicht dem Gesetz und es gibt keine Zustimmung seitens des Landes und es ist neu zu machen. Der Gesetzgeber hat hier einen breiten Rahmen beschlossen von Mindestbeträgen bis Obergrenzen. Da, bei den Obergrenzen ...

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Welche Obergrenze?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Frau Doktor, dann musst du halt den Gesetzestext lesen. Es ist ja nicht verboten, den Gesetzestext zu lesen. Nur weil er von eurem Landesrat kommt könnt ihr ihn trotzdem lesen. Es steht nämlich dezidiert drinnen, Mindestsätze maximal kostendeckend. Das steht nämlich im Gesetzestext drinnen. Von dem sind wir weit entfernt, dass wir Kindergartentarife haben die kostendeckend sind.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meilenweit sind wir davon weg.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir haben einen jährlichen, und das wissen wir eh, jeder weiß das bis auf die Gäste, ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das kostet um 1/3 weniger als wie ...

*Diskussion verschiedener Mandatare*

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich komme dann eh noch auf einige Details dazu, weil es ist sehr pikant und ganz interessant, wie man die Diskussion führt. Nur weil ihr den Auftrag von eurem Chef bekommen habt euch herzustellen und zu sagen, jetzt müsst ihr in Steyr dagegen sein. Ich würde mir das von meinem Chef nicht gefallen lassen, aber das ist eh euer Kaffee.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Sie haben ja gar keinen Chef!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Haben sie gar keinen Chef?

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Nein, Sie.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe schon einen Chef.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Daheim!

*Gelächter*

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe mehrere Chefs.
Also, wir zahlen im Jahr einen Zuschuss seitens der Stadt und das ist uns das auch wert. Das ist kein jammern, um das nicht falsch zu verstehen, sondern das ist uns die Kinderbetreuung wert und das war sie uns immer wert im Gegensatz zu vielen anderen, wenn ich an eure Reichshälfte denke. Dort hat es zuerst einmal einen langjährigen Anlauf gebraucht, dass man einmal gesagt hat wir brauchen in allen Kommunen Kindergartenbetreuungseinrichtungen, weil das war ja nicht eure Vorstellung, weil das soll ja daheim sein und die Frau soll daheim bleiben. Also, das war schon unsere Position und in den Städten haben wir das auch immer realisiert. Wir zahlen jährlich rund 1,6 Millionen Abgang bei unserer Kinderbetreuung. Das wird aus den Stadtfinanzen bezahlt. Also, wir sind meilenweit davon entfernt hier kostendeckend zu sein. Wir haben hier, wie ich schon gesagt habe, 80 % der Tarife bzw. die Eltern welche die Kinder bringen zahlen weniger wie das im vergangenen Kindergartenjahr und in den vergangenen Kindergartenjahren der Fall gewesen ist. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht und es ist nirgends wo das verschwiegen worden, dass in den oberen Einkommensgrenzen, und da möchte ich schon den Schillingbetrag sagen, weil das ist noch ein bisschen beeindruckender, ich selbst denke auch noch gern in Schillinge, ich rechne noch gerne um, weil 3.000 Euro sind bei Weitem nicht so beeindrucken wie wenn man sagt 42.000 Schilling. Wir reden, und das Beispiel das Sie gebracht haben, das bewegt sich bei 50.000 Schilling, also in diesen Einkommenskategorien, dort sind die Tarife spürbar teurer geworden. Da haben wir nie einen Hehl daraus gemacht. Unsere Position war, dass wir gerade auf die sozial Schwächeren Rücksicht nehmen und dass die weniger bezahlen als das bisher der Fall gewesen ist. Das nur zum Inhaltlichen und zur Gesetzeslage. Also, der Gesetzgeber, das Land OÖ, hat für alle Kommunen diesen Spielraum eingeräumt und hat gesagt, die Tarifgestaltung soll dann in den Kommunen stattfinden.
Jetzt zu dem, weil ihr euch so herstellt, der Kollege Mayrhofer bringt einen Antrag ein, Sie werden verpflichtet, dass Sie sich da zu Wort melden müssen. Es ist das doch alles im Sozialausschuss, auf Punkt und Beistrich, präsentiert und informiert worden.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Vorgesetzt!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nicht vorgesetzt.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Waren Sie dabei!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, die Kollegin war nicht dabei.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich komme ja eh noch dazu, so scheinheilig braucht ihr ja nicht tun. Es hat ja dann Reaktionen dazu gegeben. Es ist ja nicht so, dass wir die Debatte jetzt da führen, sondern es ist im Sozialausschuss ausführlichst von Herrn Mag. Hochgatterer präsentiert worden. Ihr habt Unterlagen dazu bekommen, den Gesetzestext, werdet ihr ja eh gehabt haben. Ich nehme ja nicht an, dass ihr euch den nicht selbst auch besorgt habt und dass man sich den nicht selber anschaut. Es ist alles präsentiert worden. Dann sagt der Kollege

Mayrhofer: „VP Stadtrat Gunter Mayrhofer gibt dem neuen Modell eine gute Note.“ Danke, lieber Gunter, das ist eh nicht so oft, aber du hast das erkannt, dass wir da wirklich ein gutes Modell gemeinsam erarbeitet haben. Im Prinzip ist es das geworden was wir von der VP gefordert haben. Es gibt eine familienfreundliche Tarifstaffelung und die Privatkindergärten werden damit leben können. Gott sei Dank gibt es diese Einigung. Das haben nicht wir geschrieben sondern das ist deine Position gegenüber der Presse was du gesagt hast. Sich jetzt herzustellen und zu sagen ich habe von dem allen nichts gewusst, so einfach kannst du dir das natürlich nicht machen. Das kann man da nicht gelten lassen, dass du sagst, das ist eine gute Einigung und das ist ein gutes Modell, sozial ausgewogen und dann weißt du nicht, von was du geredet hast. Also, so in das Eck stelle ich dich nämlich nicht, du weißt sehr genau, was du gesagt hast und du weißt auch, dass das ein gutes Modell ist. Was die Hintergründe sind? Die Hintergründe sind nämlich parteipolitisch warum ihr jetzt auf einmal da vorgeschickt werdet, an die Front, und müsst da dagegen wettern, weil nämlich gerade in den ÖVP dominierten Gemeinden zum Teil so niedrige Tarife gewesen sind und die mit diesem Modell, das ÖVP und Grüne beschlossen haben, in vielen kleinen Gemeinden enorme Tarifanpassungen notwendig sind, weil die Mindesttarife jetzt vollzogen werden müssen. Jetzt ist der Sigl da gewaltig unter Druck gekommen bei seinen eigenen Bürgermeisterkollegen aus seiner eigenen Partei und jetzt sucht man sich die Städte heraus und will auf die Städte hinhauen. In Wirklichkeit ist das ganze Gesetz bei Weitem nicht das, was man sich wünscht und vorstellt und ihr müsst jetzt da herhalten und ihr müsst jetzt die Debatte führen. So kann man das in keinster Weise stehen lassen. Sogar mit den privaten Kindergärten, da wird dann eh die Frau Referentin auch noch einiges dazu zu sagen haben, also in Wirklichkeit ist das nicht unbedingt ein Ruhmesblatt wie man da die Debatte über das führt. Man kann auch sagen, ich bin mit dem noch nicht zufrieden. Ich bin auch mit dem Ganzen noch nicht zufrieden. Ich könnte mir nämlich schon vorstellen, und das müsste ein gesellschaftspolitisches Anliegen sein, dass jedes Kind einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat und dass der Kindergartenplatz auch gratis ist, dass den die öffentliche Hand bezahlt. So weit müsste das gehen. Das könnte ich mir vorstellen und das würde ich mir wünschen. Es ist aber leider nicht ganz so.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich denke nicht, dass es so viel Mut erfordert sich hier heraußen herzustellen um zu erkennen, dass vielleicht der Abend mitunter klüger ist als der Morgen. Gestatten Sie das einigen Kollegen der Fraktion, der ÖVP beispielsweise, den Grünen oder andern hier herinnen. Im Sozialausschuss selbst, kann ich mich erinnern ...

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Eine hat es immer gewusst.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Sie können nicht bestreiten, dass ich im Sozialausschuss sehr wohl gesagt habe, ich schaue mir dieses Modell an,

ich werde es mir, nachdem wir es in der Sozialausschusssitzung vorgestellt bekommen haben, einmal durchdenken und ich kann ad hoc nicht sagen bin ich dafür oder nicht, ich werde mich damit beschäftigen. Das damit Beschäftigen hat halt dazu geführt, dass man diese Kritikpunkte anmerken muss. Hätte ich gewusst, Kollege Bremm, dass du sogar für einen Gratiskindergarten bist, na ja, dann hätten wir ja auch wunderbar eine Resolution an das Land einbringen können um so etwas zu tun, weil genau der Punkt der Gratiskindergärten ist ja ein wesentlich er in Steyr und das wird bei der ganzen Tarifdiskussion bis dato viel zu wenig berücksichtigt. Wir liegen an der Grenze zu Niederösterreich und in Niederösterreich gibt es einen Gratiskindergarten.

*Zwischenrufe: Halbtags!*

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber zumindest gibt es vormittags einen Gratiskindergarten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei uns gibt es den Kindergarten für einen großen Prozentsatz auch gratis.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Dort aber für alle. Es gibt nicht wenige Eltern die z. B. in Niederösterreich wohnen, in Steyr arbeiten und ihr Kind deshalb in Steyr in den Kindergarten haben und dafür zahlen müssen obwohl sie in Niederösterreich beispielsweise ihren Gratiskindergarten haben.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Wie kommen wir dazu, dass ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, ich will ja nur zeigen, dass damit auch die Diskrepanz noch größer wird.

Das 2. ist, was in der ganzen Diskussion auch ein bisschen unter geht, dass man immer sagt, na ja, das ist ja ohnedies nicht so viel, was die Eltern zahlen, die paar Prozent vom Bruttoeinkommen. Nur jeder von uns weiß, denke ich mir, dass brutto nicht netto heißt und netto schaut die Geschichte von den 50.000 Schilling dann schon ganz anders aus. Der nächste Punkt ist, dass Eltern, die kleinere Kinder haben aber auch größere Kinder, ja nicht nur für den Kindergarten zahlen müssen, sondern durchaus auch andere Betreuungskosten haben. Wenn das Kind beispielsweise krank ist, dann muss man sich jemanden organisieren der aufpasst auf das Kind, weil Pflegeurlaub bekommt man auch nicht immer so leicht. D. h., die Kosten für das Kind sind viel höher. Wenn Sie eine der Studien in den letzten Tagen gelesen haben, da ist herausgekommen, ein Kind kostet im Monat so im Schnitt 570 Euro. Da ist aber nicht reingerechnet Wohnung oder so, sondern wirklich nur das was ein Kind de facto kostet. Das ist nicht wenig. Deshalb denke ich mir sollte man sich diese Tarifordnung sehr wohl überlegen. Zusätzlich, und ich weiß schon, dass es der SP-Fraktion schwer fallen wird diesem Antrag nachzukommen, wo Sie sich vielleicht leichter tun, das ist bei einem Punkt, das möchte ich Ihnen als Zusatzantrag zu diesem Antrag bekannt geben, mitzugehen dabei eine Bitte an das Land OÖ zu richten, weil das ist ein Punkt dafür kann die Stadt Steyr nichts, und zwar folgenden Zusatzantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das Land Oberösterreich bzw. die zuständigen Landesräte Sigl und Ackerl, welche die Elternbeitragsverordnung unterzeichnet haben, werden hiermit

aufgefordert den § 5 Abs. 3 der Elternbeitragsverordnung 2007 zu novellieren und eine familienfreundlichere Regelung herbeizuführen, welche die besondere finanzielle Belastung von Eltern mit mehreren Kindern stärker berücksichtigt als dies nun der Fall ist.

Begründung:
Derzeit lautet der § 5 Abs. 3 der Elternbeitragsverordnung 2007 folgendermaßen:

Besuchen mehrere Kinder einer Familie eine Kinderbetreuungseinrichtung ist für das zweite oder weitere Kind je ein Abschlag von maximal 20 % festzusetzen. D. h., hier gibt es keinen Handlungsspielraum. Die Gemeinden dürfen maximal 20 % nachlassen. In Steyr war es bis dato so, dass wir für das zweite Kind 30 % nachgelassen haben und das ist jetzt immerhin eine Steigerung von 10-%-Punkten, nämlich für die Eltern nicht mehr die 30 % Abschlag sondern nur mehr die 20 %, und das dritte Kind war bis dato überhaupt gratis. Jetzt müssen wir aber für das dritte Kind, aufgrund dieser Elternbeitragsverordnung, ebenfalls 80 % oder für ein viertes Kind ebenfalls 80 % berechnen. Es gilt ja für eine Kinderbetreuungseinrichtung, d. h. wenn das eine Kind im Kindergarten ist, das andere im Hort ist, dann wird das zusammen gerechnet. Und das kann schon einmal schnell sein, wenn man Zwillinge hat und noch ein Kind, also es gibt nicht so wenige Fälle auf die das zutrifft. Das ist natürlich schon ein fatales Signal, gerade in Zeiten wo jeder Politiker sagt wir möchten dass es mehr Kinder gibt, gerade Familien mit vielen Kindern hier über Gebühr zu belasten. Wie gesagt, die Stadt kann dafür nichts, bis dato hatte sie den Gratistarif für das dritte Kind, jetzt müssen wir 80 % verlangen. Diese Regelung bedeutet eben, dass Familien mit mehreren Kindern in Steyr, aber auch in allen vielen weiteren zahlreichen Gemeinden, höhere Tarife zahlen müssen als bisher. Ich würde Sie bitten, bei dieser Resolution an das Land OÖ, in Form eines Zusatzantrages, mitzugehen, weil dies nämlich vor allem bedeutet, dass Eltern, die wie gesagt die ein drittes Kind haben in einer Kinderbetreuungseinrichtung, jetzt plötzlich 100 Euro, 130 Euro oder noch mehr zahlen und bis dato gar nichts dafür zahlen müssen. Ich denke mir es ist ein familienpolitisches Signal für Familien mit mehreren Kindern hier das Land zu bitten, diese Regelung zu überdenken.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut. Gibt es weitere Meldungen zum Hauptantrag? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Geschätzter Vorstand, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben da jetzt ein Paradebeispiel gehört, wie schaue ich, dass ich nicht über Sachpolitik spreche, was muss ich machen, damit ich vom Thema ablenken kann. Das ist perfekt gelungen. Da merkt man die gewerkschaftliche Schulung. Hut ab, lieber Gerhard Bremm. Du hast Recht, in Schillinge hört sich einiges noch viel bedeutender an, darum werden wir durchaus auch die monatlichen Beiträge in Schillinge umrechnen, wir reden hier von maximal 2.758 Schillinge pro Monat die man bezahlen muss. Ich stehe nicht an zuzugeben wenn ich Fehler gemacht habe. Ich habe bei der seinerzeitigen Zustimmung im Stadtsenat den Fehler gemacht. Schon Adenauer hat gesagt, der Morgen ist immer gescheiter als der Abend. Was mir gefehlt hat ist mit Sicherheit der Vergleich mit anderen Kommunen. Wenn du sagst unsere Reichshälfte, mich wundert der Ausdruck Reichshälfte, aber vielleicht hast du da diesbezügliche Erfahrungen, hat mit Kinder-

gärten nicht viel am Hut. Am Sonntag wurde der älteste Kindergarten Steyrs gefeiert. 160 Jahre St. Michael.

STADTRAT
WALTER OPPL:
D. h., den Caritas-Kindergarten zählst du zur ÖVP. Habe ich das jetzt richtig verstanden? Ich habe geglaubt der ist unpolitisch.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Vzbgm. Bremm, 160 Jahre. Ich hoffe du hast einmal nachgerechnet wie lange die städtischen Kindergärten schon existieren. Wir haben heute gehört die Anfrage, was tun, damit sich die Bevölkerungsentwicklung nicht so weiter entwickelt. Wir leiden darunter, dass wir stagnieren mit unseren Bevölkerungszahlen. Es wandern sehr viele in die Umlandgemeinden ab. Da muss man sich schon fragen warum das der Fall ist. Warum sind vor allem in den Umlandgemeinden sehr kinderreiche Familien? Warum ist dieser Zug da in diesen Umlandgemeinden? Ich darf euch schon eines sagen, bleiben wir bei diesen Umlandgemeinden, Ganztagstarif in Dietach maximal 120 Euro, Ganztagstarif in Garsten 120 Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Und alt?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ganztagstarif in Ulrich 120 Euro. Herr Bürgermeister, warum kostet ein Kind in Steyr um mehr als 50 % mehr als in den Umlandgemeinden? Warum kostet bei uns ein Kind maximal 197 Euro und in den Umlandgemeinden maximal 120 Euro?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weil die keine Betreuung von 6 Uhr in der Früh bis 6 Uhr am Abend haben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Da kommen wir auch noch drauf Herr Bürgermeister.

Da spricht der Herr Vizebürgermeister, am liebsten wäre ihm ein Gratiskindergarten. Was hindert ihn daran oder was hindert uns daran die Tarife wenigstens zu reduzieren auf die Landesvorgabe? Da sind wir zwar noch nicht beim Gratiskindergarten, aber wenigstens ein bisschen schon näher bei der Realität. Das was wir da machen, wir entfernen uns, aber mit Abstand, von den anderen Gemeinden. Wir sind teurer als alle anderen Gemeinden bei der Kinderbetreuung. Dann schimpfen wir uns, oder lassen wir uns sogar loben vom Sozialminister, Steyr ist die soziale Musterstadt.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Das braucht dich ja nicht ärgern, das ist ja wahr.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wenn ich höre, dein Chef hat dir das angeschafft oder was, dann darf ich dir eines sagen, das Mandat das ich bekommen habe, habe ich von den Bürgern bekommen, von den Eltern. Ich weiß nicht, ob du irgendwie von irgendjemanden geschickt wurdest.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe ja nicht gesagt, dass du geschickt worden bist.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wenn Eltern Probleme haben, dann glaube ich ist es notwendig, dass wir reagieren, dass wir uns dieser Sorgen und Nöte wirklich annehmen und dass

wir diskutieren was können wir machen damit wir denen auch entgegen kommen und es auch wieder leistbar machen. Das was hier vorgelegt wurde oder was wir heute beschließen sollen, kann so nicht beschlossen werden. Ich sage das ganz offen. Das ist zu viel. Wir entfernen uns davon eine soziale Stadt zu sein. Wir müssen mit Sicherheit eine Korrektur machen. Ich verlange wirklich, dass wir uns auf ein erträgliches Maß herunter bewegen. Es kann nicht als Entschuldigung angeführt werden, weil wir vorher teuer sind müssen wir jetzt auch teuer bleiben. Eine gewisse Scheinheiligkeit ist da nicht abzusprechen, lieber Kollege Bremm. Wenn du zuerst gesprochen hast von Beträgen, mir ist schon klar, wir kommen heute eh noch zu einen Tagesordnungspunkt wo ein paar Hunderttausend, wie du geschrieben hast in der Zeitung, oder ein paar Millionen keine Rolle spielen. Ich würde sagen, sparen wir lieber da ein und investieren in die Zukunft unserer Kinder. Das wäre sinnvoller.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Hackl ist der Nächste.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Verehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht ob alle hier Anwesenden wissen was das Wort Chuzpe bedeutet. Das ist jedenfalls ein Wort aus dem Jüdischen und heißt übersetzt Frechheit. Trotzdem hat sich das Wort Chuzpe im Deutschen Sprachgebrauch bis heute gehalten. Und zwar deshalb, weil Chuzpe eigentlich viel mehr heißt als Frechheit, das geht eigentlich darüber hinaus in Richtung Ungeheuerlichkeit und Unverschämtheit. Wenn ich mir diese Diskussion zu den Kindergartentarifen heute anhöre und speziell das was die ÖVP da abliefert, dann kann ich nur sagen, dazu gehört wirklich eine ungeheure Portion Chuzpe. Ich meine, das kann und darf man, bei allem Verständnis für parteipolitisches Taktieren, nicht akzeptieren. Die Ausschüsse und die Gremien der Stadt sind keine Kaffeekränzchen. Es kann doch nicht sein, dass man sich in einem Ausschuss informieren lässt, das Thema diskutiert, anschließend seine Meinung dazu kund tut und einige Tage oder Wochen später stellt man sich hin und sagt das gilt alles nicht, das ist nicht gut, dafür bin ich nicht, ich bin klüger geworden. Das besonders verwerfliche daran, finde ich zumindest, ist das, dass man sich, um nicht sofort völlig unglaubwürdig zu werden, hinter Beamten und Sachbearbeitern versteckt und kurzer Hand feststellt man sei nicht umfassend informiert gewesen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, das ist Chuzpe in Reinkultur.
Der Herr Mag. Hochgatterer ist einer der besten und sachlich fundiertesten Mitarbeiter die wir in diesem Haus haben und er hat sich wie kein Zweiter mit dieser Materie beschäftigt, in die Materie vertieft und sich nachweislich alle Mühe gegeben um im Sozialausschuss das neue Kindergartentarifsystem zu erläutern. Und meinen Informationen nach sind auch keine Fragen offen geblieben. Es war allen klar worum es geht, was vorher war und was neu sein wird. Und alle, mit Ausnahme der Kollegin Frech, aber das ist ja eigentlich keine Ausnahme, waren dafür und haben für das neue Kindergartentarifsystem gestimmt. Der Gunter Mayrhofer, in seiner Funktion als Stadtrat, wir haben es ja eh gehört, hat im Stadtsenat die Hand dafür gehoben und hat zugestimmt, einen rechtlich verbindlichen Beschluss gefasst.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, jetzt kann man natürlich rätseln warum es zu so einen derartigen Meinungs-

umschwung kommt. Ich meine aber das Rätsel ist, zumindest was die ÖVP betrifft, ganz einfach gelöst. 2009, also schon in zwei Jahren, sind wieder Wahlen und die Steyrer ÖVP hat, wie ich weiß, eine aktuelle Meinungsumfrage vorliegen und die ist, wie ich höre, alles andere als super. Allerdings zeigen derartige Umfragen, und das weiß ich ja selbst, auch wo man ansetzen kann oder muss oder sollte, könnte, müsste und da wird halt, zum wievielten Mal eigentlich, drinnen stehen oder daraus herauszulesen sein wo es nur geht in jeden möglichen oder unmöglichen Situationen soll man der Mehrheitsfraktion, also die SPÖ-Fraktion, man soll ihr möglichst ans Bein pinkeln. Das ist das ganze Motiv das dahinter steht, hinter diesen völlig grundlos vom Zaun gebrochenen Diskussionen zu diesen Tarifen, kleinliches parteitaktisches Verhalten. Nicht mehr. Das trifft meines Erachtens leider auch auf die Grünen zu. Die ÖVP legt aber noch eines drauf. So ganz nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ hat uns der für dieses Kinderbetreuungsgesetz verantwortliche ÖVP-Landesrat Sigl über die Medien ausrichten lassen, er könnte den Steyrern Nachhilfe erteilen, wenn sie sich bei seiner Verordnung nicht auskennen oder diese falsch interpretieren.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da bin ich wirklich froh, dass es das jüdische Wort Chuzpe gibt, weil es war genau der Viktor Sigl der hier so gönnerhaft Ratschläge erteilt, der es geschafft hat, geschafft unter Anführungszeichen, das neue Kinderbetreuungsgesetz so lange hinauszuzögern, dass das Kindergartenjahr schon zu Ende war bevor das überhaupt beschlossen wurde. Das ist der Viktor Sigl, der hat glaubt uns jetzt aus Linz Ratschläge erteilen zu können. Es war auch der Viktor Sigl der die Elternbeitragsverordnung, die wir so spät erfahren haben, so verworren und kompliziert formulieren hat lassen, dass eigene Informationsveranstaltungen, Land auf Land ab, ob Schwarz oder Rot, stattfinden haben müssen um es den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aus den Sozialausschüssen zu erklären, was da im Endeffekt drinnen steht. Das ist der Viktor Sigl. Der LR Sigl, und ich behaupte er tut es wider besseren Wissens, kritisiert das Steyrer Tarifsystem. Und er wird seit Monaten von allen Bürgermeistern in OÖ geprügelt und ich glaube er hat, da gibt es ja wie wir wissen mehr schwarze als rote Bürgermeister, in seinem politischen Leben noch nie so viele verbale Schläge einstecken müssen wie jetzt für dieses Gesetz. Also der Herr LR Sigl ist der Letzte der sich hier hervortun sollte. Und wenn jemand Nachhilfe benötigt, dann ist es er selbst, schließlich wird nicht ohne Grund, so wie ich höre, jetzt schon im Land, und da wären wir dort, vielleicht wird es wirklich besser, an einer Novellierung von diesem missglückten Kinderbetreuungsgesetz gearbeitet.

Es steht daher fest, auch der Herr Landesrat, dem geht es um das Ablenken von seinen eigenen Fehlleistungen und Problemen, und da bietet sich natürlich, und der Gerhard Bremm hat es ja gesagt, das „Rote Steyr“ hervorragend an, noch dazu, und jetzt schließt sich der Kreis, weil 2009 sind auch Landtagswahlen. Und wie wir wissen, bekommt die ÖVP auf Landesebene seit einigen Jahren auch hier in Steyr die Füße nicht auf den Boden. Mein Resümee daher: Es ist unlauter, ein Tarifsystem in Misskredit zu bringen, das für rund 80 % der Betroffenen eine Verbesserung darstellt. Es ist unlauter, engagierten und fleißigen Mitarbeitern zu unterstellen sie hätten nicht richtig oder nicht ausreichend informiert. Und wenn das alles, ganz offensichtlich aus niedrigen parteitaktischem Kalkül her-

aus trotzdem geschieht, dann ist das Chuzpe in Reinkultur.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gemeinderätin Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Werte Kolleginnen und Kollegen, vieles ist schon gesagt worden. Ich kann es mir jetzt nicht nehmen lassen auf den Kollegen Hackl zu antworten was den Sozialausschuss betrifft und dass da alle so dafür waren und alle mitgestimmt haben. Zum einen habe ich gar kein Stimmrecht im Sozialausschuss und zum 2. habe ich auch nicht sozusagen mitklingen lassen, dass das so toll ist. Was die Präsentation ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, das stimmt nicht.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Darf ich Ihnen das jetzt kurz sagen, ich glaube ich bin gerade am Wort.

Das Szenarium Sozialausschuss ist Folgendes. Die sogenannte tolle Information, und hierbei möchte ich den Kollegen Hochgatterer als sehr guten Beamten und Fachmann, also ihm das unbenommen lassen, das Problem ist nur, wenn man eine Power-Point-Präsentation macht auf der eine Exel-Tabelle drauf ist wo die alten und die neuen Tarife nebeneinander aufgelistet sind und es gibt kein Argument dazu wie diese neuen Preise zustande gekommen sind und der Herr Kollege Hochgatterer sich darin erschöpft, sozusagen 12 oder 15 Zeilen herunter zu lesen die man selber lesen kann, dann ist da keine Information. Ich weiß bis heute nicht welcher Schlüssel diesen Preisen zugrunde liegt. Ich weiß es nicht. Ich glaube auch nicht, dass das so etwas wie Information ist. Das ist ein mit der Bitte um freundliche Kenntnisnahme, ein Papier, das man auch ausschicken hätte können.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Fragen könnte man im Ausschuss.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Eh, aber die Fragen die ich gestellt habe sind, wie leider sehr oft, aber das würde jetzt zu weite Kreise ziehen, nicht wirklich beantwortet worden, weil ich oft genug anscheinend nicht verstanden werde was ich meine wenn ich nachfrage. Aber das ist ein anderes Thema.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das kann ich mir nicht vorstellen.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Es ist aber leider so.

Das was ich an diesem Antrag kritisiere und warum wir das unterschrieben haben ist in erster Linie diese nicht Nachvollziehbarkeit wie diese Tarife entstanden sind. Ich würde sehr darum bitten das aufzuklären, damit wir auch wissen warum wir das so beschließen. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gib es weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja, meine geschätzten Zuhörer, wenn man hier hört kleinliches, parteipolitisches, motiviertes Agieren und das wird verwendet für einen Bereich wo man sagt Gebühren sind zu hoch, Tari-

fe sind zu hoch. Wir entfernen uns von einem erträglichen Maß, wir sind um Eckhäuser weg von den Nachbargemeinden. Wenn das die Begründung ist, dann muss ich sagen, ja, dann bekenne ich mich dazu Herr Hackl. Weil das kann es ja nicht sein, wenn man sich für die Bürger von Steyr einsetzen will und man möchte erreichen, dass etwas was ausgeufert ist wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird und als Verteidigung bringt man nichts anderes vor, nichts Sachpolitisches bitte schön, nichts, was irgendwie entkräften könnte, dass die Tarife zu hoch sind sondern man sagt nur, ihr seid ja nur dafür, weil das parteipolitisch ist.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Du hast ja vorher schon zugestimmt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
D. h., ein ganz klarer Fall, von deiner Seite, dass es dir nicht darum geht den Bürgern zu helfen, dass es dir nicht darum geht, wie kann man die Senkung erreichen, sondern es geht dir nur darum, Absicherung. Aus. Da muss ich schon sagen, ich bekenne mich dazu. Das habe ich auch gesagt. Ich habe mich getäuscht. Bei der gesamten Präsentation, und schaut euch bitte schön auch das Protokoll an, ist kein einziges Mal irgendein Vergleich mit einem anderen Kindergarten gefallen. In keinster Weise, überhaupt nicht. Die Schwierigkeit und wie weit wir darüber liegen über den Tarifen und die Ungleichbehandlung eines Bürgers 100 Meter auf Steyrer Stadtgebiet oder 100 Meter auf einer Nachbargemeinde, die wurde uns vorher nirgends aufgezeigt. Erst jetzt bitte schön ist man draufgekommen. Auch eine Begründung dafür ist natürlich, und ich glaube das hast du ja wahrgenommen, die Aufregung der Eltern die sagen: „Warum müssen wir so viel bezahlen?“ Das kann es nicht sein.
Noch einmal, in Schillinge, 2.750 Euro. Wir reden nicht von Kleinigkeiten. Wir reden von enormen Beträgen und das ist zu viel.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Kupfer ist der Nächste.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, was hier passiert ist scheinbar der Vorgeschmack auf die Landtags- und Gemeinderatswahlen 2009. Schwarz und Rot beflegelt sich, schiebt sich den „Schwarzen Peter“ zu. Von der Sachpolitik entfernen wir uns zugehend. Ich finde das ehrlich gesagt schade, aber es ist an und für sich auch eine Fortsetzung von dem was wir bei dem Thema eigentlich in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben. Immer wieder diese Ideologiedebatte wenn es um den Kindergarten geht und um die Kindergartentarife. Ich finde es schade. Ich finde diese Auseinandersetzung zwischen privaten und öffentlichen Kindergärten einfach schade, weil beide arbeiten gut, haben hohe Qualitätskriterien und es gibt keine negativen Rückmeldungen von den Eltern her, was die Qualität betrifft, dass es da Probleme gäbe. Wo es Probleme gibt ist scheinbar bei den Tarifen.
Zur Versachlichung vielleicht zwei Dinge. Dieser Tarif ist beschlossen worden im Stadtsenat, ich glaube nach der GR-Sitzung im Juli. D. h., zwei oder drei Tage nachdem wir GR-Sitzung gehabt haben, d. h., danach war keine Debatte mehr möglich. Die Kindergärten, die Horte etc. waren zwei Monate lang ratlos wie sie denn jetzt tun sollen, haben nicht gewusst, wie sie sich jetzt auf das einstellen sollen, keiner hat gewusst, was wirklich passiert. Heute

haben wir es erst auf der Tagesordnung und sollten es beschließen.
Die zweite Geschichte ist für mich noch viel tragischer. Wir diskutieren über scheinbar 20 %. Diese 20 % die mehr verdienen, die 3.700 brutto und mehr bekommen. Es ist auch so ein bisschen eine arm-reich Diskussion. Ich verstehe es nicht, warum uns wir in Steyr das antun. Warum tun sich wir die Diskussion an, dass wir diese Debatte führen, wo es in Linz und Wels, den anderen beiden Statutarstädten, diese Diskussionen in dem Ausmaß nicht gibt. Ich möchte auch diesen Vergleich anbringen, Linz und Wels hat bei den Höchsttarifen andere Tarife wie wir. Wir sind halt einmal da drüber. Mein Appell an die Mehrheitsfraktion ist die, wieso ersparen wir uns die Diskussion nicht, es geht glaube ich um 20 Euro. Wenn wir das gemacht hätten, dasselbe wie in Linz oder Wels, dann hätten wir die Debatte heute nicht gehabt.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Doch!

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Dann hätten wir sie nicht gehabt, weil dann hätten wir den Vergleich mit den anderen Statutarstädten gehabt. Jetzt haben wir das wieder. Jetzt haben wir wieder die Diskussion im Gemeinderat, die Zeitungen schreiben wieder ein, zwei Wochen darüber und keiner ist glücklich und keiner ist zufrieden. Wir könnten ja in der Kinderbetreuung über ganz andere Dinge in dieser Stadt diskutieren, die ja viel interessanter wären. Nein, immer wieder diese Tarifgeschichte. Das ist auch das was meine Kollegin Fanta angesprochen hat, im Sozialausschuss hat es da auch nicht wirklich viel Diskussion über die Grundlagen dieser Tarifgestaltung gegeben. Wieso haben wir diese Gremien nicht? Warum haben wir diese Diskussionen nicht? Das finde ich einfach schade. Immer wieder diese Ideologiedebatte.
Gery, ein netter Redebeitrag, aber Wahlkampf, das ist noch ein bisschen zu früh. Warten wir noch ein wenig. Es ist noch Zeit.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. StR Oppl.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich fühle mich jetzt schon veranlasst, ein paar Sätze zu sagen. Auf dich, Ute, zurückzukommen, wenn du sagst, es ist im Sozialausschuss darüber nicht debattiert worden und es ist nicht erklärt worden, dann muss ich da schon eindeutig feststellen, ein Faktum ist, dass der Kollege Hochgatterer sehr wohl erklärt hat, dass die Ausgangsbasis der Berechnungen einmal im Rahmen der neuen gesetzlichen Bestimmungen ist. Unsere alten Kindergartentarife sind, dass wir als Stadt möglichst kostenneutral aussteigen. Das ist ja glaube ich auch legitim. Noch dazu möchte ich erinnern, dass es, bis wir zu unsren zwischenzeitlich alten Kindergartentarifen gekommen sind, extrem viele Sitzungen gegeben hat und extrem große Debatten geben hat, auch mit der ÖVP, bis wir uns gemeinsam auf dieses Tarifsystem, was zwischenzeitlich überholt ist, geeinigt haben. Ich möchte da nicht auf die großen Debatten da herinnen, die auch in dem Raum und in vielen, vielen Sozialausschüssen und sonstigen Sitzungen durchgeführt worden sind, eingehen. Das wissen etliche die da herinnen sind sehr wohl ganz genau. Das war eben die Basis. Herausgekommen ist, dass es für 80 % trotzdem zu einer Verbilligung der Kindergartentarife kommt.
Bremm Gerhard hat es zuerst schon gesagt, und zu dem stehe ich auch,

wenn wer besser verdient, dann ist das auch legitim. Wenn uns das Land diese Richtlinien vorgibt, dann ist es halt so, dass auch, wenn Besserverdiener sind, die können auch ruhig mehr dafür berappen. Es ist in keinster Weise einzusehen, und eigentlich hat sich die Debatte im Nachhinein an die Tarife von den privaten Kindergärten entsandt, weil die sind dann drauf gekommen, wie die privaten Kindergärten, inklusive meiner Kinderfreunde, die Tarife, wie sie gesagt haben wir schalten dann gleich, hat es natürlich dann die Debatten gegeben und eigentlich reden wir über die. Das ist aus meiner Position sicherlich nicht einzusehen, dass Gutverdiener in privaten Kindergärten weniger bezahlen und gleichzeitig bekommen wir dann, als Stadtvertreter, immer wieder den Vorwurf, dass wir zu teuer sind und, und, und. Also, das geht sich einfach in meinem logischen Denken nicht zusammen.
Andy, wenn du sagst ...

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Das ist ja nicht die Diskussion jetzt.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Na sicher ist das die Diskussion, weil wir ausführlichst darüber informiert haben wie die Tarife entstanden sind. Sich jetzt da herzustellen und sagen wir sind da nicht informiert worden, dann muss ich ein bisschen polemisch sagen, dann hängt das vielleicht unter Umständen auch mit der Fragestellung zusammen. Ich weiß es nicht. Aber der Kollege Hochgatterer und alle die beteiligt waren haben sich da sehr wohl bemüht. Wir haben da auch im Sozialausschuss eine äußerst sachliche Debatte geführt und eigentlich in keinster Weise eine kontroversielle Debatte. Jetzt frage ich mich, wo sind wir? Haben die einzelnen Fraktionen jetzt Vertreterinnen und Vertreter in den Ausschüssen, dass sie dann da sagen können, okay, das ist so oder zumindest sagen, ich muss das in meiner Fraktion noch nachbesprechen und dann kann ich ja oder nein sagen. Das war nämlich nicht der Fall, bis auf die Michaela die gesagt hat sie muss sich das noch anschauen. Alle anderen Fraktionen haben gesagt es passt. Es hat dann dementsprechend auch die Meldungen gegeben.

Um auf deine Wortmeldung noch einmal einzugehen Andy, dass wir das im Stadtsenat mit einem Dringlichkeitsbeschluss gefasst haben, da muss ich schon dazu sagen, dass der Herr LR Sigl, als Hauptverantwortlicher von der ganzen Geschichte, das Ganze so lange hinausgezogen hat, dass die Landesregierung den Gesetzesbeschluss gemacht hat zu einen Zeitpunkt wo es dann einfach nicht mehr möglich war, dass wir da im Gemeinderat im Vorfeld die Debatte führen konnten.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Das war noch nicht im „Schubladl“?

STADTRAT
WALTER OPPL:
Das ist ja doch nicht wahr Andy, das stimmt ja nicht. Es hat einen Verordnungsentwurf gegeben, aber de facto ist es so gewesen, dass nach der Gemeinderatssitzung dieser Verordnungsentwurf in Kraft getreten ist und wir keine Möglichkeit mehr gehabt haben, aufgrund unserer statutarischen Bestimmungen, auch das in dem Gremium zu beschließen. Dann heißt es eben, nach unseren Statuten, dann muss der Stadtsenat einen Dringlichkeitsbeschluss fassen. Und den haben wir sehr wohl in gutem Glauben und Gewissen auch gefasst, nachdem wir die Debatten im dementsprechenden Ausschuss und dem Vortrag im Stadtsenat einstimmig beschlossen haben

und im Ausschuss auch von den Fraktionen die kein Stimmrecht haben diesbezüglich auch keine negativen Wortmeldungen gekommen sind. So ist die Faktenlage. Jetzt waren wir gezwungen, als Stadt, dass wir den gesetzlichen Auftrag erfüllen, nämlich, dass die Tarife mit 1. September 2007 in Kraft treten. Es ist uns nichts anderes übrig geblieben, dass wir einen Dringlichkeitsbeschluss gefasst haben, was an und für sich in keinster Weise unseren Intentionen entspricht. Das ist nur aufgrund der terminlichen Gegebenheiten, wo wir wirklich, und da kann uns wirklich keiner als SP-Fraktion den Vorwurf machen, dass das beabsichtigt war, da waren wir einfach dazu gezwungen. So ist es und nicht anders.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ein paar Punkte möchte ich schon noch erwähnen. Ich möchte das wirklich da aus unserer Sicht zurückweisen, dass es immer darum geht, so quasi den Klassenkampf den man da gerne in den Raum stellt, da geht es Arme gegen Reiche. In Wirklichkeit ist das überhaupt keine Debatte. Unsere Position ist jene, dass man den sozial Schwächeren stärker unter die Arme greift als denen, die eh das Glück haben, denn es gehört nämlich viel Glück auch dazu wenn man viel verdient, das ist nicht nur reines Können, denn es gibt sehr viele die können sehr viel und verdienen auch nicht recht viel, und dass die dort einen höheren Beitrag für das Gemeinwohl oder für eine Einrichtung dazu leisten sollen. Wir reden, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Bahnbreite wo jene hinausfallen die weniger bezahlen bis hin wo eine Obergrenze gesetzt ist von rund 500, 600 Euro, weil alle die über 3.400 Euro, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, nicht Bruttoverdienst sondern Bemessungsgrundlage haben, da zahlen alle gleich. Wenn einer 5.000 Euro verdient, bezahlt der das was der mit 3.400 Euro bezahlt. Also da geht es wirklich nicht gegen das, dass wir sagen wir sind gegen die Reichen. Eine Obergrenze ist hier eingezogen. Den zeitlichen Ablauf, der angeführt wurde, das hat der Walter Oppl schon gesagt, das obliegt in keinster Weise in unserer Zuständigkeit warum das schnell gehen musste. Wir können da überhaupt nichts dafür. Wir kommen da komplett unschuldig zum Kind. Wir haben nicht danach geschrien, wir brauchen eine neue Regelung. Wir haben ein gutes Kindergartentarifsystem gehabt, das sozial gestaffelt war, wo die ganz wenig Verdienenden einen Nulltarif gehabt haben und hinauf gestaffelt war. Auch diesen Tarif haben wir hier gemeinsam, vielleicht der eine oder andere war noch nicht dabei, das will ich nicht bestreiten, weil das ja gewachsen ist über viele, viele Jahrzehnte und wir fast immer einen Konsens in der Frage der Kindergartentarife gehabt haben. Bis wir uns hingehandelt haben hat es heftige Debatten oft gegeben, aber bei uns intern auch und nicht nur im Plenum. Aber an und für sich war das ein Konsens. Es hat am 31. Dezember 2006 kein Mensch die Debatte geführt, dass wir zu hohe Kindergartentarife haben. Kein einziger Mensch hat hier darüber diskutiert. Wir waren alle halbwegs, ganz zufrieden bin ich noch nicht, das habe ich eh schon gesagt, weil ich mir was anderes vorstellen könnte, aber wir waren halt halbwegs zufrieden. Ich möchte auch betonen, dass ich schon weiß, dass Kinder finanziell oft für die Eltern eine Belastung sind. Ich weiß von was ich spreche, ich habe selbst vier Kinder und ich war nicht immer Vizebürger-

meister wo ich gut verdient habe. Ich war ein einfacher Arbeiter und habe mit dem das auch bestreiten müssen und ich weiß schon, was da für Belastungen sind. Das könnt ihr mir schon glauben, dass ich weiß von was ich da spreche. Darum sage ich ja, es wäre mein persönliches Anliegen, dass solche Einrichtungen kostenlos, bis zu einem gewissen Einkommen, für die Menschen zugänglich sein sollten. Das müsste unser Ziel sein. Vielleicht lässt es sich noch realisieren. Also wir haben da überhaupt nichts unanständiges getan. Der Oppl Walter hat es eh gesagt, was so der Hintergrund war, wie wir zu dieser Berechnung gekommen sind. Wir haben uns nur an die alten Tarife, mit denen wir alle einverstanden waren, halbwegs zufrieden waren, das war die Berechnungsgrundlage. Wir haben gesagt, wir wollen, dass die Tarife bis 2.700, 2.800 Euro Bemessungsgrundlage, dass dort die Tarife billiger werden, dass wir die absenken und das ist auch so geschehen. Dass in einigen Randbereichen Härtefälle eintreten, für das können wir nichts. Wir haben das Kindergartengesetz nicht beschlossen mit dem Nulltarif für das dritte Kind. Das haben wir nicht beschlossen. Mit den 30 % Abschlag beim 2. Kind, das haben auch nicht wir beschlossen. Es ist dort auch nicht der Spielraum eingeräumt worden, dass die Stadt oder die Kommunen können dort gestalten, sondern das steht dezidiert drinnen, das ist so anzuwenden.

Zu einem noch. Wenn man sich so herstellt und sagt, die Kindergartentarife sind unterschiedlich. Lieber Gunter Mayrhofer, die waren immer unterschiedlich. Zum Teil war die Schere wesentlich weiter auseinander. Ich kenne natürlich den Hintergrund auch, warum das Land OÖ und vor allem der Landesrat gesagt hat, hier brauchen wir eine Regelung, weil gerade jene Gemeinden, und du weißt das sehr genau und das soll ja für jene sein, die nicht so Insider sind, in jenen Gemeinden die Abgangsgemeinden in OÖ sind, und da gibt es schon sehr viele, die haben sich über den Kindergartentarif überhaupt nichts gepfiffen. Die haben fast nichts verlangt, weil es ihnen eh wurscht war, weil sie haben es eh nicht aus der Kommune, aus dem Gemeindesäckel heraus bezahlen müssen, weil das hat eh das Land OÖ bezahlt. Und dem Land OÖ ist das halt zu viel geworden. Ich kenne das nur aus Großraming, die haben einen Kindergartentarif gehabt mit 30 Euro und jetzt, das ist keine „Rote“ Gemeinde, nur zur Information, gibt es den Mindesttarif, ich weiß nicht, bei einem Halbtagskindergarten ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
90 Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... 90 Euro Mindesttarif und vorher waren es 30 Euro. Ist eh klar, jetzt schreien die natürlich. Na net. Das ist klar, das verstehe ich auch. Aber da kann man ja jetzt nicht bei uns in der Stadt sagen, die bösen „Roten“ haben da wieder etwas gedreht und schröpfen da vielleicht die armen Familien. Also, das müssen wir da schon massiv zurückweisen. Wenn das Land OÖ gemeint hätte, was du sagst, das Kind muss doch überall gleich viel wert sein. In Großraming, in Lahrndorf, in Garsten oder sonst in irgendeiner anderen Gemeinde oder in den Städten, dann hätte das Land OÖ per Gesetz jederzeit beschließen können, der Kindergartentarif hat in jeder Kommune das Gleiche auszumachen. Das hätte das Land beschließen können. Das hat aber das Land nicht getan. Das Land hat halt eine Untergrenze und eine Obergrenze eingeräumt. Da kann man einfach uns da nicht die Schuld geben und sagen, die Steyrer waren wieder böse Frauen und böse Buben, was die

wieder angestellt haben. Es war schon der politische Wille. Wenn es hier einen Vorwurf gibt oder wenn man irgendwem das ankreiden will, muss man sagen, dann müssen das die ÖVP und die Grünen, ihr ein bisschen und die ÖVP hauptsächlich, ausbaden. Sie haben das vorbereitet, die SP hat nur deswegen zugestimmt, weil auf ein paar Schrauben haben wir drehen können, dass da noch ein paar Verbesserungen zustande gekommen sind und darum hat die SP dem auch zugestimmt. Wir stehen dazu, was die SP in OÖ da mitbeschlossen hat und das müsste man eigentlich erwarten können, dass das jeder andere auch tut.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich finde es sehr schade, dass es nicht möglich ist über parteipolitische Schatten, egal von wem, zu springen, weil im Endeffekt worum geht es. Es geht darum, Faktum ist, wir hatten bei den früheren Tarifen die höchsten oder gehörten mit zu den höchsten Tarifanbietern in ganz OÖ. Das ist Faktum. Faktum ist auch, dass jetzt Eltern noch mehr bezahlen müssen als bisher und weit mehr als vergleichbare Städte.

*Zwischenrufe verschiedener Mandatare*

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ist es vielleicht einfach möglich, dass man eine sachliche Diskussion führt, ohne ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wenn du sachlich bist, dann sind wir ruhig.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe ja nicht einmal die Chance zu argumentieren. Ich darf einen Satz hier herinnen nicht einmal fertig führen. Herr Bürgermeister ich würde Sie schon bitten, im Sinne einer Versachlichung der Debatte, es jedem Redner hier herinnen, ob männlich, weiblich, jung oder alt, es ihm zu ermöglich einfach was zu sagen. Jeder von Ihnen herinnen hat die Möglichkeit damit nicht einverstanden zu sein, aufzuzeigen und sich hier heraußen hinzustellen und etwas dagegen zu sagen. Diese Freiheit, denke ich mir, die sollte jedem da herinnen gewährleistet sein. Das ist eine Sache demokratischer Kultur. Ganz einfach.

80 % sagen sie bezahlen weniger, d. h. aber auch, dass 20 % mehr zahlen. Und 20 % sind nicht so wenig. Das ist 1/5, das ist ein Zwanzigstel von 100. Außerdem, und ich bin mir sehr sicher, wenn die ersten Erfahrungen da sind aus diesen neuen Tarifen, dass Sie sehr wohl merken, dass sehr viel mehr in den Höchsttarif fallen als bisher. Das weiß man ja jetzt noch gar nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Oh ja.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das wird man dann erst sehen. Weil so viel mit Zahlen und mit Schillingen argumentiert wird, Faktum ist auch, bei 3.400 Bruttoeinkommen, und da reden wir vom Familieneinkommen, das klingt ja schön und wäre auch schön, wenn einer alleine 3.400 Euro verdient, wir reden aber genau von den Familien wo beide verdienen, weil

sonst würden sie auch den Kindergarten nicht so benötigen. D. h. im Endeffekt, dass ich bei einem Familieneinkommen von netto um die 2.000 Euro beispielsweise, bereits 10 % meines Nettoeinkommens für die Kinderbetreuung ausgebe, wenn ich in den Höchsttarif von 197 Euro, sprich fast 200 Euro dort bin. Da bin ich bei 10 % vom Nettoeinkommen und da haben wir das Essen noch nicht dabei, da haben Sie noch nicht die Betreuungsleistungen dabei und die sind teuer, die sich zuzukaufen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die sind inklusive.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich ausreden, welche Betreuungsleistungen ich meine. Ich meine nicht den Bastelbeitrag. Ich meine jene Betreuungsleistungen die ich bereits beim ersten Mal erwähnt habe, wenn das Kind krank wird, dass ich mir jemanden suchen muss der zu mir nach Hause kommt und auf das Kind aufpasst. Das kommt auch noch dazu und das ist eine starke finanzielle Belastung der Eltern. Ich verwehre mich dagegen das so hinzustellen, dass man sagt, na ja, 3 % vom Bruttoeinkommen zahlt man für die Kinderbetreuung und das war es. Das ist ein kleines Segment das man zahlt. Sie zahlen einen großen Teil für Betreuungsleistungen am Wochenende, wenn Sie heute am Wochenende arbeiten müssen. Sie zahlen für Betreuungsleistungen am Abend die beruflich bedingt sind. Es hat nicht jeder die Chance, dass er um 17 oder um 18 Uhr aufhört. Es gibt genug Eltern die müssen sich jemanden organisieren die das Kind vom Kindergarten abholt und der macht das auch nicht gratis. Das möchte ich Sie bitten zu bedenken und das wäre die Möglichkeit und die Chance in einem Ausschuss noch einmal darüber zu befinden. Ich finde es sehr, sehr schade, dass man nicht eine sachliche Diskussion führen kann wo man sich zusammensetzt, einmal diese ganze parteipolitische Geschichte, die im Übrigen dort draußen niemanden interessiert. Es interessiert wirklich niemanden ob da jetzt das Land schuldig war, ob „Schwarz“, „Rot“, „Grün“, „Gelb“ oder sonst wer schuldig war. Die Leute interessiert, können sie sich mit dem was sie verdienen ihr Leben auch leisten und können sie sich ihre Kinder auch leisten. Das ist das, was interessant ist und dieser Herausforderung sollte man sich stellen. Es ist völlig egal, denke ich mir, wer da irgendwo einen Fehler gemacht hat. Ich gebe dir völlig Recht, Walter Oppl, die ganze Geschichte ist nicht günstig gelaufen und ihr seid unter Zeitdruck gestanden und alles. Das verstehe ich alles, aber jetzt machen wir einen Strich, setzen uns noch einmal zusammen und denken über diese Tarife noch einmal nach. Ich kann Tarife ja jederzeit ändern. Wir machen das ständig. Meine Bitte wäre, im nächsten Sozialausschuss sich wirklich zusammen zu setzen, wirklich zu diskutieren und diese ganzen parteipolitischen Geschichten, die wirklich niemanden interessieren, außen vor zu lassen und einfach dem anderen die Chance zu geben seine Meinung zu sagen. Das was ich auch eingefordert habe im Sozialausschuss ist wirklich, sich Tarife von anderen Gemeinden anzusehen. Das ist auch kein Vorwurf, dass das nicht passiert ist, es war von der Zeit her nicht möglich, aber jetzt ist es möglich. Lassen wir doch einfach das was war zur Seite und denken noch einmal darüber nach. Das muss doch möglich sein, ohne dass jeder sich gleich persönlich angegriffen fühlt und dass jeder gleich irgendwelche Wahlen aus dem Jahr 2009 zitiert, irgendwer irgendwas dem anderen vorwirft. Ich muss Ihnen sagen, ich bin das so leid da herinnen. Ich finde das so schade, dass es nicht

möglich ist normal miteinander zu reden.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Es ist ja schon sehr viel gesprochen worden. Ich möchte jetzt dazu sagen, es ist immer über das Geld gesprochen worden. Aber dass die Kinder eine pädagogische Ausbildung bekommen und dass sie begleitet werden für ihr zukünftiges Leben und was dann die Eltern zahlen. Ich habe mir das ausrechnen lassen. Beim Höchsttarif kostet eine Stunde, wenn mein Kind eine pädagogische Ausbildung bekommt, 80 Cent. Ich muss sagen, wenn ich ein Kind habe, dann muss mir das Kind auch ein bisschen was wert sein, dass ich was bezahle. Ein Kind ist mir ja sehr viel wert, aber dass ich einen gewissen Beitrag zahlen muss ist auch klar. Was hat man denn am liebsten? Das Kind. Aber da wird überhaupt nicht davon geredet, dass ich aber gerne was bezahle, wenn mein Kind eine Ausbildung bekommt. Ich weiß, dass mein Kind da dann auch das Freizeitvergnügen hat und dass mit dem Kind gespielt wird und dass es beschäftigt wird. Davon wird überhaupt nicht gesprochen. Es wird nur immer davon geredet, was das alles kostet.
Weil wir jetzt geredet haben, ich habe mir vom September die Daten geben lassen und ich möchte sagen, wir haben jetzt 273 Kinder die unsere Horte besuchen. 139 Kinder zahlen im September 36 Euro. D. h., die Hälfte ist eigentlich der Nulltarif. Das sollte man auch nicht vergessen. Wenn man weiter schaut, im Kindergarten zahlen 187 Kinder den Nulltarif, also die 36 Euro. Ich habe auch ein bisschen weiter geschaut, ich habe auch nach Wels geschaut. Die verlangen nicht 36 Euro, die verlangen 48 Euro Mindesttarif. D. h., die haben nämlich die neue Tarifordnung, liebe Kollegin Frech, noch nicht im Internet gehabt. Ich habe persönlich mit der Kindergartenabteilung gesprochen. Wir sind vielleicht bei einem Tarif um 4 Euro teurer, bei einem Monatstarif. Also, ich habe nicht alle Details noch, weil sie auch sehr unter Druck waren, aber wir waren alle unter Druck, dass wir das Gesetz gemacht haben. Ich gebe dir auch Recht, dass du die Einzige warst im Sozialausschuss die gesagt hat 3.450 Euro ist ja eigentlich nicht recht viel und der Beitrag ist hoch. Du warst die Einzige die das gesagt habt.

Aber, ich muss auch sagen Frau Fanta, und das möchte ich jetzt schon einmal richtig stellen, ich habe Sie gefragt, Sie sind ja wie immer früher gegangen, ...

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Gar nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Sie sind ums Spüren früher gegangen. Wie Sie bei der Türe hinaus sind habe ich gesagt: „Frau Fanta, darf ich mit Ihrer Stimme, obwohl Sie nicht stimmberechtigt sind, mit Ihrem Einverständnis rechnen?“ Da haben Sie mir geantwortet, ja, ich bin mit diesem Modell, das was ja eigentlich sehr bunt ausgeteilt worden ist, einmal, zweimal, dreimal, in der Sondersitzung, mit diesem Modell einverstanden. Die Einzige die nicht einverstanden war und gesagt hat sie muss sich das anschauen, da gebe ich dir Recht, war die Michaela.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Wissen Sie was ich genau gesagt habe? Ich habe gesagt, das Modell schaut nicht so schlecht aus, weil ich sogar noch nachgefragt habe ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, nein.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Oh ja, ich weiß es doch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich muss sagen, die Beispiele die dort gestanden sind, sind auch erklärt worden, wie man auf die Beispiele kommt. Ich brauche sie jetzt nicht mehr nachbeten, weil es hat eh der StR Oppl schon erklärt, wie wir auf die Bemessung gekommen sind. Ich muss schon sagen, wir haben das ernst genommen, wir haben das im Detail erklärt, wir haben auch versucht, dass von jeder Fraktion jemand anwesend ist und dann sagen, man hat keine Antwort bekommen und man ist nicht aufgeklärt worden. Ich muss auch sagen, noch mehr als der Mag. Hochgatterer gerechnet hat und die tolle Arbeit welche die Abteilung der Kindergärten geleistet hat, in der Kürze, das lasse ich auch nicht zu, dass das ins negative Licht gerückt wird. Das muss ich jetzt auch sagen.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe nur ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte keine Zwiegespräche.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich spreche jetzt allgemein. Ich habe das nicht nur auf Sie bezogen.

Eines hat der Vzbgm. Bremm gesagt, mit den Abgangsgemeinden. Bitte, wir haben ja sehr viele Abgangsgemeinden und die sind natürlich empört, dass sie sich jetzt an das Gesetz halten müssen. Es stehen aber auch die 30 Stunden Öffnungszeiten im Gesetz drinnen. Es ist auch erklärt worden, warum wir 30 Stunden haben, weil es nämlich im Gesetz drinnen steht.
Ich muss natürlich sagen, die Novellierung, das habe ich jetzt auch schon gehört, dass da was kommen muss, das stimmt alles. Der Sekretär der beim LR Sigl war, der ist jetzt ganz wo anders. Ich glaube, den hat das so fertig gemacht, dass er jetzt in eine andere Abteilung gekommen ist, der Herr Fallwinkel. Den gibt es dort gar nicht mehr. Die kurze Zeit die wir gehabt haben zur Umsetzung, es ist bei uns in der Abteilung extrem viel gearbeitet worden, weil sonst wären wir nicht so weit gewesen. Es ist dann erklärt worden. Eines dürfen wir aber auch nicht vergessen. Wir müssen jetzt zu den Privaten gehen. Die Privaten haben immer, da braucht man gar nicht reden, ein einheitliches Tarifmodell gehabt. Sie haben für so ganz sozial Schwache weniger verlangt, aber sonst haben sie z. B. auch 90 Euro gehabt. Jetzt waren aber die Gespräche mit den Privaten. Die Stadt hat das mit den Privaten so geklärt, dass wir gesagt haben wir machen einen Regelkindergarten in der Stadt Steyr. D. h., alle Kindergärten sind gleich. Das ist eh, was jedes Mal im Gemeinderat erwähnt wird, alle Kinder müssen in der Stadt Steyr gleich viel wert sein. Das haben wir jetzt bei dem Regelkindergarten. D. h., wenn wir heute die Tarife was die Privaten übernommen haben, ist ganz klar, dass es jetzt bei den Privaten Eltern gibt die viel mehr verdienen als 3.450 Euro. Dass die jetzt natürlich mehr bezahlen müssen

als die 90 Euro oder die früheren 120 Euro, das ist auch klar. Das gehört halt dazu, wenn ich sagen wir behandeln alle gleich. Es haben alle unser Tarifmodell übernommen. Die einzigen Beschwerden die wir bekommen haben, ich bin dem auch nachgegangen, oder die Leserbriefe, da sind die Kinder in die privaten Kindergärten gegangen und nicht in die städtischen Einrichtungen. In den städtischen Einrichtungen sind sie ja wirklich billiger geworden. Ein Leserbrief war vom Hort in St. Anna, von einer die in Neuzeug draußen wohnt, dann war eine Frau Doktor die drei Kinder hat und die Kinder im Rudigierkindergarten hat, die sich beschwert hat. Ich muss euch sagen, wenn ich sage alle gleich, und jetzt sind wir so weit, weil wir werden dann auch mit denen einen Vertrag machen, in Ausarbeitung ist er schon, dass auch in den privaten Kindergärten Integration erfolgt, dass in den privaten Kindergärten auch nicht Deutsch sprechende Kinder hin kommen, dann kann man sagen man kann von einer ganzen Einheit reden, wir sind alle gleich. Das wird sich umsetzen.

Ich glaube, ansonsten ist das Tarifmodell von nirgendwo angegriffen worden. Dann kommen und sagen wir ändern das und zuerst beschließen wir es einstimmig im Stadtsenat. Es wäre ja gar nicht mehr gegangen, dass wir es im Gemeinderat bringen. Jetzt ist es im Laufen. Jetzt soll man sich mit dem identifizieren und anerkennen, dass das so ist, weil wir haben keine Beschwerden. Wenn vonseiten des Landes eine Novellierung kommt, dann müssen wir eh wieder etwas ändern, weil dann sind wir eh wieder verpflichtet, dass wir auf das neue Gesetz eingehen. Darum wird die SPÖ-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Und dem Zusatzantrag?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Moment. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den ersten Antrag. D. h., das ist der Antrag der ÖVP, der Grünen und des Bürgerforums betreffend der Neufestlegung. Also, aufpassen noch einmal. Es geht jetzt um den Antrag der ÖVP, Grünen und Bürgerforum. Wenn diesem Antrag die Zustimmung erteilt werden soll, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ihr werdet ja nicht euren Antrag ablehnen?

*Zwischenrufe*

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
DR. GERHARD ALPHASAMER:
Zuerst wird über den Hauptantrag abgestimmt und im Falle einer Annahm, über allfällige Zusatzanträge.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, es bleibt dabei, wer für diesen Antrag der ÖVP, der Grünen und des Bürgerforums ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Bürgerforum Steyr. Ist jemand dagegen? SPÖ. Stimmenthaltung? 2 FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. D. h., er ist jetzt abgelehnt und laut Statut brauchen wir über den nächsten Antrag dann nicht mehr abstimmen.

Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Jetzt kommt der Antrag.

7) Kdg-5/07
Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Tarifordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungs- und Sozialangelegenheiten vom 4. Oktober 2007 wird die in der Anlage beigeschlossene Tarifordnung für Kindergärten und Horte der Stadt Steyr beschlossen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 Statut der Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Das ist jetzt der Hauptantrag.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich GR Eichhübl.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es wurde ja bereits sehr viel über das Thema Kindergartentarife gesprochen, aber nicht immer zur Sache. Ich darf Sie aber, und das gilt auch für die Zukunft, durchaus auffordern, dass Sie bei meinen Wortmeldungen Zwischenrufe machen können, ich vertrage das schon zum Unterschied von anderen Mandataren die offensichtlich da sehr sensibel sind. Ich habe allerdings ein bisschen Bedenken gehabt beim Kollegen Hackl seiner Wortmeldung, weil ich schon darauf gewartet habe, dass er womöglich zum mosaischen Glauben übertreten wird, aber ...

*Gelächter*

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
... offensichtlich hat er das ja nicht gemacht und jetzt bin ich wieder beruhigt.

Meine Damen und Herren, Spaß beiseite. Es ist ein sehr ernstes Thema und es ist ja tatsächlich so, dass dieses Mal, zum Unterscheid von früher, wo es wirklich sehr lange Diskussionen und monatelange Verhandlungen gegeben hat, die Kindergartentarife und auch die Tarife für die Horte eher mehr als weniger am Gemeinderat vorbei neu festgelegt worden sind. Es ist so, denn tatsächlich gibt es ja einen Dringlichkeitsbeschluss aufgrund eines Fristenlaufes, das muss man auch ganz offen sagen der von Landesseite ausgegangen ist, dass der Stadtsenat diesen Antrag eben, wie gesagt in Dringlichkeit beschlossen hat, und dass heute der Gemeinderat eigentlich das zur Kenntnis nehmen muss. Ganz gleich wie er zu dem steht und sich abstimmungsmäßig verhält, dieser Antrag hat Gültigkeit. Tatsache ist auch, dass am 6. Juli sich der Sozialausschuss mit dieser Thematik beschäftigt hat und dass hier ein Amtsvorschlag vorgelegen ist, der nach meiner Auffassung nach sehr ausführlich dort dargelegt wurde. Es hat auch verschiedene Zwischenfragen gegeben. Es ist auch dort darüber gesprochen worden inwieweit dass die Tarife der Stadt Steyr möglicherweise über die Tarife anderer Gemeinden liegen könnten. Auch das ist kurz angesprochen worden. Es ist korrekt, dass die Mehrheit der dort Anwesenden, und da beziehe ich mich mit ein obwohl ich nicht abstimmungsberechtigt bin, mich auf die Tatsache gestützt habe, dass es für 75 % der Betroffenen günstiger wird bei erweiterten Öffnungszeiten. Nicht unerwähnt lassen muss man auch, dass in diesem Bereich ein Zuschuss vonseiten der Stadt von 1,6 Millionen Euro erforderlich und notwendig ist.
Im Grunde genommen also für mich eine durchaus tragbare Lösung. Ich habe auch das in aller Öffentlichkeit gesagt, dass ich, und jeder weiß das, nicht derjenige bin, der sich für Tarif-

anhebungen grundsätzlich einsetzt sondern diese sehr kritisch beurteilt, aber ich war auch ebenfalls der Auffassung, aufgrund dieser Staffelung, dass es gerechtfertigt ist, dass eben jene die eine gewisse Einkommensgrenze überschreiten etwas mehr bezahlen.

Meine Damen und Herren, schön wäre es, gratis Kindergarten wäre natürlich das Nonplusultra, aber dann erhebt sich schon die Frage, wer bezahlt das. Wer bezahlt das? Das wäre eigentlich meiner Meinung nach die Aufgabe des Landes, denn wie man so hört steht ja das Landesbudget sehr gut da. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Stadt Steyr das machen könnte. Wenn man berücksichtigt, dass alleine im sozialen Bereich, da rede ich jetzt nicht von den Kindergärten, 17 Millionen Euro an Pflichtausgaben ins Budget festgeschrieben werden müssen. Also wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, dass die Stadt Steyr einen Nulltarif einführt.
Tatsächlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das möchte ich auch sehr deutlich sagen, ist das Ziel dieser neuen Situation, dieses neuen Kinderbetreuungsgesetzes, nicht erreicht worden. Das liegt aber auf Landesebene. Das ist nicht erreicht worden, denn eines der großen Ziele wäre es ja gewesen einheitliche Tarife zu gestalten. Und wenn das wirklich der Hintergrund sein sollte, dann hätte man durchaus die Möglichkeit gehabt, vonseiten des Landes, die Gemeinden entsprechend anzuweisen. Ganz einfach wäre das gegangen. Das hat man aber nicht gemacht. Tatsächlich gibt es das Problem, ich sage jetzt nicht private Kindergärten bewusst, weil das ist da einmal kritisiert worden, sondern bei nicht städtischen Kindergärten. Da gibt es tatsächlich das Problem. Da gibt es das Problem, dass beispielsweise, ich habe mir das erzählen lassen von einem Betroffenen, in einem Bereich eines Landeskindergartens, man bisher glaube ich 80 Euro ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
90 Euro.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Pardon, 90 Euro pauschal bezahlt hat, ganz gleich welche Leistung man in Anspruch genommen hat und jetzt kostet es glaube ich 135 Euro, so in der Richtung. Das ist tatsächlich ein Problem. Aber bitte nochmals, natürlich übernehmen die auch die Aufgaben die Kinder unserer Stadt zu betreuen, aber es ist halt in erster Linie die Aufgabe von uns Gemeindemandataren die städtischen Einrichtungen entsprechend zu beurteilen und auch abstimmungsmäßig seine Meinung dann kund zu tun.

Wie gesagt, es ist eine Tarifanhebung die von uns nicht unbedingt mit Freuden begrüßt wird, aber aufgrund der Tatsache, dass es, wie gesagt, eine Verbesserung gibt, dass 75 % der Betroffenen günstiger jetzt davon kommen, werden wir diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. So schnell gebe ich ja nicht auf und ich schließe aus der Wortmeldung des einen oder anderen aus der SP-Fraktion, dass er ja durchaus das Tarifmodell, wie es früher war, eigentlich gutgeheißen hat, wo es die Möglichkeit gab für das zweite Kind 30 % nachzulassen und das dritte Kind gratis unterzubringen. Die Möglichkeit gibt es derzeit nicht, deshalb gab es ja

diesen Zusatzantrag. Ich stelle diesen Zusatzantrag noch einmal zu diesem Tagesordnungspunkt, in der Hoffnung, dass die SPÖ hiermit mitgehen kann, weil wie der Herr Magistratsdirektor ja gerade erklärt hat ist es ja so, dass, wenn der Hauptantrag mit Mehrheit angenommen wird, und ich nehme an das wird so sein, wird dann über den Zusatzantrag abgestimmt. D. h., es ist Ihnen auch möglich diesem Zusatzantrag die Zustimmung zu geben, die auch gar nicht Sie selbst betrifft, nämlich nur das Land OÖ auffordert eine Novellierung der Elternbeitragsverordnung zu beschließen, dass wir eben in Zukunft wieder die Möglichkeit haben für Mehrkindfamilien einen höheren Abschlag zu machen als bisher. Ich würde Sie also bitten, sowohl die SPÖ-Fraktion als auch die anderen Fraktionen, diesem Zusatzantrag, der eine Aufforderung ist an das Land OÖ, eine Art Resolution an das Land OÖ, diese familienfreundliche Vergünstigung wieder zu ermöglichen. Gerade der Kollege Bremm hat ja gesagt, am liebsten wäre es ihm ja die Kinder könnten gratis in den Kindergarten gehen. Hier gibt es die Chance, dass zumindest jene die ein drittes oder vierte Kind haben gratis dann den Kindergarten besuchen können.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, das ist jetzt ein Zusatzantrag und über den muss man zuerst abstimmen. Oder? Gut, Wortmeldungen zum Zusatzantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein. Allgemein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, zum normalen Antrag. Gibt es noch Wortmeldungen? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Hoher Gemeinderat. Am 8. März dieses Jahres wurde das neue Kinderbetreuungsgesetz beschlossen. Am 9. März erging ein Rundschreiben an alle Kindergartenhalter mit dem Inhalt und auch dem Hinweis wo die Details auch abzulesen sind, www.oö.kindernet.at, und auch dem Auftrag eine Erhebung bei den Eltern durchzuführen. Nachdem die Eltern jetzt verpflichtend Mitspracherecht bekommen, vor allem in der Gestaltung, in den Öffnungszeiten usw., ist dieser Auftrag am 9. März auch an die Stadt Steyr ergangen. Bis zum heutigen Tag hat sich ganz offensichtlich die Referentin und die zuständige Abteilung nicht in der Lage gesehen eine Erhebung durchzuführen. Eine Erhebung bedeutet nichts anderes als dass der Fragebogen an die Eltern mitgegeben und wieder eingesammelt wird. Das ist bis zum heutigen Tag, und jetzt ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, nicht passiert. Wenn ich dann in diesem Antrag, in diesem Amtsbericht und in dieser Verordnung, die wir heute beschließen, drinnen stehen habe, „Da die Erfahrung in den letzten Jahren gezeigt haben“ und lauter Bezugnahmen auf Annahmen, Erfahrungen, aber ganz klar ist, dass hier nicht erhoben wurde, dass wir nicht nach dem Gesetz handeln, dann ist das schon alleine ein Grund, dass wir dieser Tarifordnung bitte schön nicht zustimmen können. Das geht einfach nicht.
Wenn ich dann weiters lese, „Ermäßigungen des Mindestbeitrages bei besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Umständen kann im Einvernehmen mit der zuständigen stadträtlichen Referentin der Mindestbeitrag ermäßigt werden“. Wonach richtet sich jetzt dieses Ermessen und das Einvernehmen der Referentin? Brauchen wir jetzt dann wieder verpflichtend womöglich ein Parteibuch oder was ist los? Es fehlen hier klipp und klar Richtlinien ab

wann Ermäßigungen gegeben werden, ab wann das eintritt. Es kann nicht sein, dass das rein in einem Ermessensbereich liegt und damit auch dem Gutdünken und dem Gutwillen einer Person ansteht. D. h., so kann man das mit Sicherheit nicht beschließen und wir fordern eine Rückstellung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Rückstellung dieses Antrages hat jede Fraktion eine Wortmeldung. Gibt es Wortmeldungen? SPÖ? Keine. Sonst wer eine Wortmeldung? Michaela.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nachdem das ja in dieser Dringlichkeit schon entschieden worden ist, kann es dann rechtlich zurückgestellt werden?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja, aber wir müssen es jetzt absegnen. Wir müssen es jetzt beschließen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Können wir es rechtlich zurückstellen? Ja oder nein?

*Diskussion verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir stimmen jetzt einmal über die Rückstellung ab. Wer für die Rückstellung stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ und FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? Grüne. Also, die Rückstellung ist mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Antrag über die neue Tarifordnung. Ich möchte als Bürgermeister auch dazu sagen, dass ich froh bin, dass es wieder eine Tarifordnung gibt. Mir wäre auch lieber gewesen, wenn alle mitgestimmt hätten. Es ist für die Stadt Steyr wesentlich, dass es eine gute Kindergartenregelung gibt, eine Tarifordnung im Kindergarten gibt. Es ist für mich auch angenehm, dass in der Vergangenheit sehr positive und gute Gespräche auch vonseiten des Amts in der Richtung geführt wurden, sodass in dieser Richtung, so hoffe ich, in Steyr Ruhe einkehrt. Die Kinder sind uns natürlich sehr viel wert in Steyr und deswegen ist das auch eine sehr wichtige Sache.

Wir kommen jetzt zum Hauptantrag. Wer dem Hauptantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und FPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP und Bürgerforum Steyr. Wer übt Stimmenthaltung? Grüne. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zum Zusatzantrag. Ich bringe den Wortlaut noch einmal zur Kenntnis.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das Land Oberösterreich bzw. die zuständigen Landesräte Sigl und Ackerl, welche die Elternbeitragsverordnung unterzeichnet haben, werden hiermit aufgefordert den § 5 Abs. 3 der Elternbeitragsverordnung 2007 zu novellieren und eine familienfreundlichere Regelung herbeizuführen, welche die besondere finanzielle Belastung von Eltern mit mehreren Kindern stärker berücksichtigt als die nun der Fall ist.

<u>Begründung:</u>
Derzeit lautet der § 5 Abs. 3 der Elternbeitragsverordnung 2007 folgendermaßen:

Besuchen mehrere Kinder einer Familie eine Kinderbetreuungseinrichtung ist für das zweite oder weitere Kind je ein Abschlag von maximal 20 % fest-

zusetzen. Diese Regelung bedeutet eben, dass Familien mit mehreren Kindern in Steyr, aber auch zahlreichen anderen Gemeinden, weitaus höhere Tarife zahlen müssen als bisher. Bis dato gab es in Steyr für das zweite Kind, das eine Kinderbetreuungseinrichtung besucht, einen Abschlag von 30 %. Nunmehr sind nur mehr maximal 20 % möglich.
Für das dritte und jedes weitere Kind gab es sogar einen Gratistarif. Nun müssen mindestens 80 % des Normaltarifs entrichtet werden.

Die bisherigen familienfreundlichen Vergünstigungen sind aufgrund der derzeitigen gültigen Elternbeitragsverordnung des Landes OÖ nicht mehr möglich.
Nun müssen ab dem zweiten Kind bereits immer mindestens 80 % des Normaltarifs gezahlt werden, unabhängig davon, wie viele Kinder eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen.
Die Tarifsteigerung, die sich dadurch ergibt, ist gerade Familien mit mehreren Kindern nicht zumutbar und familienpolitisch ein gänzlich falsches Signal.

Über diesen Zusatzantrag werden wir jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 1 SPÖ, GR Mag. Erwin Schuster. Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Nächster Antrag bitte Frau Vizebürgermeisterin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Jetzt kommen wir zu einem schönen Antrag. Hier geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Roten Kreuzes für das Jahr 2007.

8) K-79/07
Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/Innen des Roten Kreuzes 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 6. Juli 2007 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze**
für 15-jährige Mitarbeit:

Josef Großbichler
Christine Lehner
Rudolf Polanski

Rettungsverdienstmedaille in **Silber**
für 20-jährige Mitarbeit:

Dr. Gerhard Alphasamer
Martin Brader
Bernd Collognath
Dr. Margit Gmainer
Trude Kowalski
Konrad Suppanschitz

Rettungsverdienstmedaille in **Gold**
für 25-jährige Mitarbeit:

Franz Mocnik

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich schlage jetzt vor, dass wir eine 20-minütige Pause machen.

*GR Altmann verlässt um 16 Uhr die Sitzung*

**PAUSE VON 16.00 UHR BIS 16.35 UHR**

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir setzen die Sitzung fort, nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
In meinem ersten Antrag geht es um die Neueindeckung unseres Museums, und zwar grünmarktseitig, auf der anderen Seite ist es schon mit den neuen Steyrer Ziegeln eingedeckt.

9) GHJ2-59/07
Neueindeckung Museum, grünmarktseitig.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 09. 08. 2007 wird der Auftragsvergabe an die

Fa. Faatz, Steyr – Dachdecker- u. Spenglerarbeiten

zum Preis von € 82.639,20 (inkl. USt)

zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VA-Stelle 5/360000/010000 (Museum – Instandhaltung von Gebäuden) für 2007 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 83.000,-- inkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche den Gemeinderat, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um den Vertrag mit der Republik Österreich, und zwar ist der schon längere Zeit offen. Wie wir die Stadthalle errichtet haben, haben wir mit dem Bund vereinbart, dass das Gymnasium Michaelerplatz auch eine Drittelhalle nutzen kann, und dass da auch eine Mitfinanzierung von einer Drittelhalle gemacht werden wird. Es hat sich halt aufgrund von verschiedenen Veränderungen auf Bundesebene, wo Ministerwechsel gewesen sind, auf Landesebene hat es auch Wechsel gegeben, hat sich dieser Vertrag doch deutlich hinausgezögert, aber jetzt sind wir soweit, dass dieser Vertrag zur Abstimmung kommen kann, dass dieser Vertrag unterschriftsreif vorliegt.

10) Sport-11/00
Stadthalle Steyr – Vertrag Stadt Steyr mit der Republik Österreich – Nutzung einer Teilhalle durch das BRG Michaelerplatz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 17. September 2007 wird der beigeschlossene Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Stadt Steyr genehmigt. (Beilage)

Ich ersuche den Gemeinderat, auch diesem Vertrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
In meinem nächsten Antrag geht es um die Sanierung und Investition Reithofferwerk. Wir haben ja schon im vergangenen Jahr einen Beschluss im Gemeinderat gefasst, wo wir eine Haftung gegenüber der Reithoffer KG beschlossen haben. Die Summe von 3.203.000,-- beruht auf den damaligen Kostenschätzungen, mittlerweile haben wir ausgeschrieben und die Anbotseröffnung hat stattgefunden, die Anbote sind herinnen. Man kann es ein bisschen mit einem weinenden Auge sehen, dass doch in dem letzten Jahr und vor allem in den letzten Monaten, aufgrund der guten Konjunktur, die österreichweit stattfindet, auf der einen Seite Gott sei Dank, aber es schlägt sich halt doch bei den Preisen dementsprechend nieder und das Sanierungsvolumen, dass seinerzeit von unserer Fachabteilung Baubereich geschätzt wurde, von € 10.974.000,--, dass sich da jetzt nach der Ausschreibung zeigt, dass sich die Konjunktur spürbar bemerkbar macht und ein Sanierungsvolumen von € 12.990.000,-- notwendig ist. Aus diesem Grund ist auch der Haftungsrahmen von € 3.203.600,-- auf € 5.219.600,-- zu erweitern und das ist auch hier in diesem Gemeinderat zu beschließen. Zum Inhaltlichen, warum das so ist, in einem hohem Ausmaß sind die Preise am Markt im Baubereich ausschlaggebend gewesen, wir sehen bei den Anboten, dass wir bei den Bauleistungen zum Teil Kostensteigerungen bis über 30 % zu akzeptieren haben und diese zu Kenntnis zu nehmen sind. Das ist der wesentliche Punkt, es gibt aber auch einen Punkt dafür, warum eine Kostensteigerung eingetreten ist; und zwar ist das nicht eine Fehleinschätzung gewesen, dass hier zu gering geschätzt worden ist, sondern der ursprüngliche Kostenrahmen hat von der Gebäudestruktur her ein bisschen anders ausgesehen. Es war ursprünglich vorgesehen, dass dort Großraumbüros gemacht werden sollten, da hat es ja auch intensive Diskussionen – die ja nicht unbekannt sind - im Kreise des Gemeinderates gegeben, wo halt von den Beschäftigten, aber auch von den Fachabteilungen doch sehr Druck gemacht worden ist, dass man keine Großraumbüros sondern Einzelbüros, für ein bis zwei, maximal drei Beschäftigte macht. Man hat dann von den Großraumbüros Abstand genommen und ist auch auf diese Wünsche eingegangen und gerade das trägt natürlich auch beim Innenausbau dazu bei, dass das halt mehr kostet. Aber das ist nicht der springende Punkt, sondern die Preise. Einen Punkt möchte ich aber auch erwähnen, es gibt dort auch eine Erhöhung der Kosten, das sind zwar nicht die gravierendsten bei diesen Erhöhungen, aber sie schlagen sich auch nieder und zwar – da haben wir auch in den verschiedensten Bereichen darüber informiert – dass wir aus ökologischen Gründen versuchen die Beheizung und Stromgewinnung, die Stromversorgung danach auszurichten. Wir haben Probebohrungen gemacht, das hat man zu dem damaligen Zeitpunkt noch nicht gewusst, und sind Gott sei Dank in der Lage, dass genügend Grundwasser vorhanden ist und wir das Gebäude somit mit modernster Technik beheizen können und zwar mit Wärmepumpen, wo dem Grundwasser Wärme entzogen wird und somit das Haus beheizt werden kann. Auch noch dazu mit der positiven Seite, dass im Sommer das umgeschaltet werden

kann und das Haus mit einer Kühlung versorgt werden kann. Also insgesamt eine sehr positive Sache. Ich darf dazu sagen, dass das ein Musterhaus in der Stadt ist, wir haben diese Technologie ja noch nirgendwo angewendet, das ist auch nicht überall möglich, aber dort ist es gegangen. Wir haben zur herkömmlichen Heizung und Versorgung hier eine Kostensteigerung von ca. Euro 50.000,--, was aber dabei besonders erfreulich ist, dass die Amortisationszeit relativ kurz ist, was uns alle ein bisschen überrascht hat, zwischen 5 und 6 Jahren, wo wir die Kosten hereinbringen. Wir haben dann Energieeinsparungen vom Strom und mit der Heizung von rund € 13.000,-- im Jahr und das ist schon ein gewaltiger Betrag. Es ist wirklich ein Meilenstein bei uns in der Stadt, ein stadteigenes Gebäude in dieser Form mit Energie zu versorgen. Bei der Gelegenheit möchte ich schon auch die zuständigen Abteilungen, die Liegenschaftsabteilung und die Bauabteilung besonders erwähnen, die sich mit dem intensiv beschäftigt und das vorbereitet haben, damit auch wirklich für die Stadt Einsparungen entstehen und auch aus ökologischer Sicht da ein wesentlicher Meilenstein gesetzt werden wird. Noch sind wir ja noch nicht ganz so weit, der Baubeginn soll in den nächsten Wochen stattfinden und die Fertigstellung ist im Frühjahr 2009 geplant, wenn nicht irgendwelche Zwischenfälle sind, das kann man nie sagen, aber wir sind da sehr optimistisch.

11) Fin-122/06
Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG; Aufstockung des Investitionsvolumens.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung werden folgende Punkte beschlossen:

a) Das Sanierungsvolumen wird von € 10.974.000,-- exkl. MWSt. auf € 12.990.000,-- exkl. MWSt. erhöht.
b) Das Fremdfinanzierungsvolumen wird von € 3.203.600,-- auf € 5.219.600,-- erhöht.
c) Die Übernahme der Ausfallsbürgschaft gem. §§ 1355 ff. ABGB – vorbehaltlich einer eventuell hiezu notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung – für das notwendige Fremdfinanzierungsvolumen in der Höhe von € 5.219.600,--.

Ich ersuchen den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt wäre noch die Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen. Bei einer Nettonutzfläche von ungefähr 7.000 m² komme ich bei diesem Investitionsvolumen auf € 1.857,-- pro m² im Durchschnittswert. Das ist bedeutend mehr, als es kostet ein Gebäude vollkommen neu zu machen und auch den Grundpreis dabei zu haben. Die Vergleichswerte gehen hier von € 1.450,-- bis maximal € 1.630,-- einschließlich Grund. € 1.857,-- bei Sanierungskosten, das heißt auch ohne Grundkostenanteil. Wenn dann der zuständige Referent in der Zeitung auch noch sagt, wir bekommen ja auch etwas vom Land zurück, 4,4 Mio., wir bekommen auch 1,63 Mio. – wahrscheinlich ist das ein geschätzter Wert – für die Redtenbachergasse, dann sind das 6 Mio. und wenn man dann noch berücksichtigt, dass wir jetzt eingemietet sind und das sind jährlich € 82.000,--, dann ist das eigentlich fast ein Null-

summenspiel. Wir müssen, auch wenn ich das berücksichtige, trotzdem 7 Mio. Euro finanzieren und alleine die Zinsen davon, mit einer Annahme von einem 4 %igen Zinssatz, wo wir auf die Zukunft gerichtet froh sein müssen, wenn der hält, dann reden wir von € 280.000,-- Zinsen jährlich. Das heißt, von einem Nullsummenspiel, lieber Herr Referent, ist nicht einmal im Ansatz zu reden. Wir sollten nicht versuchen, das herunter zu reden und zu sagen, ja eh alles ok, kostet eh fast nichts. Wenn ich den Bericht hier lese, der in den OÖ Nachrichten gekommen ist, dann hat man das ja so angemutet, ja liebe Leute, da brauchen wir ja eigentlich eh nichts zahlen, das passt eh alles. Davon sind wir aber weit, weit weg. Wir sind ausgelacht worden, wie wir gesagt haben, wir nähern uns den 15 Mio., die dieser Umbau kostet; jetzt haben wir das Archiv bitte nicht mehr, das ein gesamtes Geschoss eingenommen hätte, was also zu einer Kostenreduzierung hätte führen müssen und trotzdem haben wir um 2 Mio. mehr als veranschlagt. Das heißt, wir haben im Prinzip ungefähr eine Kostensteigerung von fast 40 %, das muss uns schon klar sein. Das heißt, es ist mit einer normalen Preissteigerung nicht einmal mehr im Ansatz zu argumentieren, das hängt mit einer wirklichen Fehleinschätzung zusammen und wenn dann gesprochen wird, nur einige 100.000,-- Euro würde es uns mehr kosten als auf der grünen Wiese, dann muss ich schon sagen, das ist mit Sicherheit vollkommen falsch. Ich glaube, wir sollten wirklich überlegen, ob wir dieser zusätzlichen Haftungsaufnahme die Zustimmung geben, ich würde mir wirklich noch einmal überlegen, ob es sinnvoll ist, dort draußen in dieser Art und Weise den Umbau zu machen. Ich warne davor, es wird teurer, es sind in den nächsten Jahren bei uns einige Großprojekte geplant, ob das das Kasernenareal ist, ob das die Pachergasse ist, wo wir überall billiger zu der Fläche kämen als dort in diesem Objekt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, wir beschließen mit diesem Antrag 3 Punkte. Zum einem die Erhöhung des Finanzierungsvolumens von rund 11 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro. Das sind ja eh nur 2 Mio. Euro, na ja ungefähr 20 %. Wir haben heute schon einen anderen Tagesordnungspunkt gehabt, wo auch 20 % eine Rolle spielten, dass wir nur 20 % mehr zahlen und das kann man eigentlich vernachlässigen, jetzt haben wir wieder 20 % Mehrkosten bei einem Gebäude. Allerdings nicht Endkosten 20 % mehr, sondern jetziger Stand und ich glaube, da muss ich kein großer Prophet sein ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Laut Ausschreibung!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
... laut Ausschreibung und jeder hier herinnen weiß das, wir hatten noch selten ein Projekt, das in der Endabrechnung billiger kam. Ich glaube eines gab es einmal.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Stadthalle!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Im Regelfall werden die Projekte noch teurer, 10 %, 15 % oder mehr. Jetzt sind wir aber schon bei diesen 20 % mehr und wie der Kollege Mayrhofer auch gesagt hat, und das, obwohl das

Stadtarchiv nicht dabei ist. Das heißt, wir müssen uns ja auch zusätzlich etwas überlegen für das Stadtarchiv. Die Situation, wie sie jetzt ist, kann ja nicht so bleiben und wir brauchen Räumlichkeiten für ein Stadtarchiv. Jeder, der das schon einmal gesehen hat, weiß dass das ein Zustand ist und nicht würdig einer Stadt mit der Geschichte Steyrs. 2 Mio. Euro, 20 % Steigerung, stört uns anscheinend nicht wirklich und das wird noch weiter wachsen. So, wir beschließen die Erhöhung der Fremdfinanzierung von 3,2 Mio. auf 5,2 Mio. Euro, eben 2 Mio. Euro mehr Fremdfinanzierung, mehr Zinsbelastung und wir übernehmen eine Ausfallsbürgschaft in Höhe von 5,2 Mio. Euro damit in Summe. Bei Bürgschaften, muss ich sagen, habe ich hier in diesem Haus noch nie sehr gute Erfahrungen gemacht und generell sind Bürgschaften etwas, wo man ja eigentlich immer hört, damit sollte man sehr vorsichtig umgehen. Ich bin aber keine Juristin und die meisten von ihnen hier herinnen auch nicht und deshalb wäre meine Frage an die Juristen im Hause, nachdem wir eine Ausfallsbürgschaft gemäß § 1355 f. ABGB beschließen, was bedeutet das eigentlich? Kann mir irgendjemand von ihnen sagen, was in dem § 1355 ABGB drinnen steht, wie weit trifft uns das als Gemeinderat in unserem Privatvermögen, sonstigem usw., können Sie uns das bitte erklären, ich weiß es einfach nicht?

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates. Ohne auswendig das ABGB zitieren zu können, das wäre bei 1508 Paragraphen zu viel verlangt, kann ich Ihnen grundsätzlich sagen, was eine Ausfallsbürgschaft nach dem ABGB bedeutet. Das heißt, wenn der ursprüngliche Zahler, aus welchen Gründen auch immer nicht in der Lage ist, seiner Zahlungsverpflichtung nachzukommen, so tritt der Bürge und Zahler an die Stelle des ursprünglichen Zahlers mit allen Verpflichtungen, die den ursprünglichen Zahler getroffen hätten. Das heißt also, die Stadt Steyr tritt in die verpflichtende Zahlungsverpflichtung, die KG, die aber eine hundert Prozent Tochter der Stadt Steyr ist, mit allen Rechten und Pflichten ein und hat für den Fall, dass die KG aus welchen Gründen auch immer die Zahlung nicht erfüllen kann, diese Zahlung dann in voller Höhe zu leisten. Den genauen Wortlaut kann ich Ihnen auswendig nicht zitieren, den wird wahrscheinlich kein Jurist auswendig wissen, aber den ABGB könnte ich Ihnen holen und Ihnen dann in 5 Minuten vorlesen, wenn Sie darauf Wert legen, aber inhaltlich ist das, glaube ich, die Erläuterung, die man dazu geben kann.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es erwartet auch niemand von Ihnen, dass Sie das können, ich habe mir nur gedacht, nachdem es im Antrag zitiert wird ...

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Ich kann es gerne holen.

GEMEINDERAT
MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:
Ich kann es vorlesen.

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Hast du eines da?

GEMEINDERAT
MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:
Von 1811 – der Bürge kann in der Regel erst dann belangt werden, wenn der Hauptschuldner auf des Gläubigers gerichtliche oder außergerichtliche Einmahnung seine Verbindlichkeit nicht erfüllt hat.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Danke schön.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Vom Industrieforum, ironischerweise hängen in Steyr sogar noch ein paar Hinweistafeln zur Tintenburg, die hat man bis heute nicht einmal abmontiert, das war nicht gerade die Vorstellung, die unsere Fraktion und auch einige andere hier im Raum gehabt haben, wie man seinerzeit dieses Gebäude um viel Geld gekauft hat und wie man sich die Nutzung vorgestellt hat. Leider ist man über uns und über viele andere drübergefahren und hat diese Vorgangsweise dort gewählt. Das ist Geschichte, aber das einzig Erfreuliche an dieser Angelegenheit ist - und das möchte ich jetzt eigentlich noch erwähnen – wir haben von Haus aus auch in den entsprechenden Ausschüssen darauf gepocht und hingewiesen, dass man nicht mit den alten, herkömmlichen Energieformen dort weiterarbeiten soll, sondern sich neue Formen, die zukunftsweisend sind, überlegen soll und das ist offensichtlich doch in einem gewissen Ausmaß geschehen, das kann man hier auch einmal sagen. Wir werden daher diesem Antrag letztlich doch, nicht sehr erfreut, aber doch zustimmen, dass man zumindest diesen Aspekt dort berücksichtigt hat, also manchmal nutzt es doch auch etwas, wenn man lange genug auch seitens der Opposition etwas vorbringt. Dass man die anderen Vorschläge seitens der ÖVP und der Grünen überhaupt nicht berücksichtigt hat, finde ich sehr bedauerlich, nämlich auch bedauerlich vor dem Hintergrund Industriestadt Steyr, während andere große Unternehmen, Weltunternehmen in Europa diesen Teil der Geschichte entsprechend darstellen und auf moderne Art präsentieren, haben wir diese Chance in Steyr leider vollkommen vertan und andere schmücken sich jetzt teilweise mit unseren Produkten. Nämlich die, die Reste dieses doch sehr traditionsreichen Steyrer-Werke-Unternehmens auf doch sehr seltsame Art und Weise, wie uns noch in Erinnerung ist, erstanden haben bzw. geschenkt bekommen haben. Es fragen uns immer wieder Leute, wo denn all diese Dinge hin verschwunden sind, das möchte ich noch einmal anmerken, leider zu spät.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Keine weiteren Wortmeldungen mehr. Schlusswort bitte. Doch, Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Vielleicht anschließend an die Worte vom Kollegen Payrleithner. Ich denke auch, dass großer Widerstand und großer Protest heute hier im Gemeinderat höchstwahrscheinlich nichts mehr bringt, dieses Projekt aufzuhalten, auch angesichts der Mehrheit, der wir hier gegenüberstehen, aber trotzdem vielleicht einige Anmerkungen zu diesem Antrag und vielleicht auch noch zur Geschichte. Ich finde es schon ein bisschen traurig, dass es eigentlich keine Vorinformation an unsere Fraktion gegeben hat, scheinbar hat es hier Vorgespräche mit der F-Fraktion gegeben, um diesen Antrag abzusichern. Uns ist keine Information, zumindest bis zur Sitzung, vorgelegen, warum es teurer wird, wo es teurer wird. Das finde ich ein bisschen schade, weil man doch möchte, glaube ich, dass der gesamte Gemeinderat diesem Antrag zustimmt. Es war ja meines Wissens nach auch im Finanzausschuss kein

Thema. Ich nehme einmal an, die Presseaussendung, die heute hinausgegangen ist, die war ja strategisch und taktisch auch in die Richtung gewählt, dass wir heute Gemeinderatssitzung haben und für diesen Antrag ja eine 2/3 Mehrheit notwendig ist, aber das ist vielleicht gar nicht so wichtig. Was ich mir denke, was schon wichtig ist, auch für die Zukunft und auch für das Projekt, das hier auf der Schiene ist, ist das, dass es doch diesen Meinungswechsel auf Ökologie und Energiesparen gegeben hat und im weitesten Sinne auch auf Klimaschutz in dieser Stadt zu zählen, ich sehe das auch als Impuls und ersten Schritt. Wir haben in den letzten Monaten bei diesem Thema immer wieder auf diese Notwendigkeit hingedrängt und es ist auch in den Ausschüssen immer wieder von den Grünen, aber auch von den anderen Fraktionen die Forderung gekommen, doch bei diesem Werk auf energiesparende Maßnahmen zu zählen und ich denke mir, das ist das Positive, was man heute aus diesem Antrag auch mitnehmen kann, dass es ein erster Schritt ist, wo Steyr jetzt auch einsteigt. Was natürlich nicht so positiv ist, dass das Ding teurer wird, wie gesagt, die genauen Kostenschätzungen liegen uns nicht vor, dass sich die Preisentwicklung nach der Kostenschätzung nach einem Jahr in die Richtung gestaltet, wie es vom Referenten gesagt worden ist, das glaube ich, die Mehrkosten von Energiesparmaßnahmen sind nicht so groß, das hat der Referent auch gesagt. Wir waren über die Vorgangsweise bei diesem Projekt nicht glücklich, wir waren eigentlich zu keinem Zeitpunkt großartig eingebunden, das finde ich im Nachhinein schade. Sie kennen auch unsere Position zum Reithoffergelände, ich möchte das an dieser Stelle vielleicht auch noch einmal in Erinnerung rufen. Dass wir mit diesem Projekt, das sich inhaltlich sicher etwas anders darstellen hätte können, z. B. mit Archiv und anderen Nutzungen, die wir uns dort draußen gewünscht hätten, aber dass das einerseits ein Startschuss in Richtung mehr Ökologie ist, aber dass es auch ein Startschuss ist in der Stadtentwicklung, auf einem Filetstück in unserer Stadt, nämlich den Gründen, die wir besitzen und dass sich auch die Stadtentwicklung im Zentrum unserer Stadt in Richtung Ökologie fortsetzt, wenn wir an die Nutzung dieses Areals gelangen. Ich denke mir, Engagement und Investition der Stadt in Richtung Reithofferareal wäre viel wichtiger und sinnvoller, als ein großes Engagement am Kasernenareal, das drängt nicht so sehr und ist nicht so ein Filetstück wie Reithoffer.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. In Ergänzung zu dem, was mein Fraktionskollege Payrleithner gesagt hat, möchte ich noch feststellen, dass es sicherlich für alle Beteiligten äußerst unerfreulich ist, wenn Kostenvoranschläge, Kostenschätzungen überschritten werden und wenn es dann erforderlich ist, dass sich die entsprechenden Gremien, in dem Fall der Gemeinderat, neuerlich damit befassen muss, um eben durch seine Beschlüssen ein Projekt wie das von Reithoffer in finanzieller Hinsicht entsprechend abzusichern. Ich möchte aber schon auch sagen, dass bei der Begründung, wie man sich dann bei der Abstimmung verhält, es natürlich auch sehr wesentlich ist, wie sind diese Kostenschätzungen teurer geworden, warum ist das so passiert. Und das, muss ich jetzt ganz offen sagen, fehlt mir schon in diesem Amtsbericht. Da steht mit keinem einzigen Wort drinnen, warum man tatsächlich um

mehr als 2 Mio. Euro diese Kostenschätzung überschreitet. Ich muss ganz offen sagen, wenn ich mich nur nach dem Amtsbericht richten würde, könnte ich als verantwortungsvoller Gemeindemandatar dem Antrag die Zustimmung gar nicht geben. Das könnte ich nicht, weil mir eben für eine derart große Summe die Begründung in schriftlicher Form fehlt. Nachdem aber der zuständige Referent darauf hingewiesen hat, dass Verteuerungen im Baubereich ausschlaggebend waren, ich glaube er hat berichtet, bis zu 30 %, dann klingt das durchaus plausibel, die Büroverkleinerungen sind meiner Meinung nach auch gerechtfertigt, denn es geht schlussendlich darum, dass die Mitarbeiter dort ordentliche Verhältnisse vorfinden, um ihre Arbeit dort verrichten zu können. Positiv – das wurde bereits zweimal erwähnt – ist die Tatsache, dass man dort Erdwärmeversorgung als Wärme- und Energieträger nimmt und dass sich das noch dazu in 5 bis 6 Jahren rechnet, das ist äußerst positiv. Leider muss man anmerken, ist es nicht möglich, das städtische Archiv dort unterzubringen, aber dennoch glaube ich, dass man endlich argumentieren kann von unserer Seite, wie wir das bereits am 11. Mai 2006 gemacht haben, als der ursprüngliche Beschluss gefasst wurde, dass man schon berücksichtigen muss, dass immer wieder von allen Fraktionen darauf gedrängt wurde, dass endlich im Reithofferwerk etwas geschieht. Wir haben damals gesagt und das gilt auch noch heute, jetzt geschieht etwas, es ist zwar bedauerlich, dass das mehr kostet, ich hoffe, dass das die einzige Kostensteigerung ist, die uns mit dieser Thematik Finanzierung beschäftigt und aus diesem Grund, nachdem das auch dargelegt wurde, zwar nicht schriftlich, aber mündlich, werden wir diesem Antrag, was die Verteuerung betrifft, zustimmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe noch 2 Fragen an den zuständigen Referenten. Was wird jetzt wirklich zum Thema Stadtarchiv passieren, nachdem nun wirklich klar ist, dass das Stadtarchiv nicht nach Reithoffer kommt, wo kommt es dann hin? Was ist geplant und in welchem Zeithorizont?
Sie können sich sicher noch daran erinnern, dass ich ihnen einmal in einer Gemeinderatssitzung auch diese wunderschönen Räumlichkeiten im dritten Obergeschoss gezeigt habe, die sich ja wunderbar für eine Galerie, für Ausstellungen usw. geeignet hätten und damals hat es eben geheißen, das geht nicht, da war noch die Großraumbürovariante geplant. Ich habe dann irgendwann einmal so über den Dschungelfunk und einzelne Mandatare gehört, dass man vielleicht doch überlegt, zumindest einen Teil dieses Obergeschosses im Bereich Kunst und Kultur zu nutzen. Meine Frage an den zuständigen Referenten ist jetzt, wie schaut es jetzt aus, gibt es jetzt dort einen Bereich, der freigehalten wird, oder als zusätzliche Nutzungsmöglichkeit für Ausstellungen, angedacht städtische Galerie, was auch immer?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich glaube, die Grundsatzdebatte haben wir ja schon öfter geführt, warum diese Entscheidung in diese Richtung getroffen wor-

den ist. Es wäre zwar schön alle glücklich zu machen, aber vordergründig ist es unsere Aufgabe, richtige Entscheidungen, oder überhaupt Entscheidungen zu treffen. In Wirklichkeit ist die Entscheidung, dass das der Stadt Geld kosten wird, 1995 gefallen, wo die Stadt das Haus um 10 Mio. Schilling gekauft hat. Damals hat man sich schon bewusst sein müssen, und man war sich auch bewusst, dass mit dem Haus mittel- und längerfristig etwas geschehen muss. Wir haben es ja nicht gekauft, dass wir es zusammenfallen lassen, oder dass man es wegreißt und etwas anderes hinbaut. Wenn man so ein historisches, denkmalgeschütztes Haus kauft, dann hat die Stadt und die Kommune auch die Verpflichtung, dort dementsprechend etwas daraus zu machen. Es ist nicht alleine die Entscheidung der Stadt gewesen, was man dort hineinmacht. Die Musikschule dort zu installieren, ist ja gemeinsam mit dem Land Oberösterreich, mit den Verantwortlichen, auch mit dem Landeshauptmann Pühringer gefallen und es ist von Landesseite immer äußerst positiv beurteilt und gesehen worden, dass man diese Einrichtung in so einem historischen, alten Gebäude unterbringt. Damit ist auch klar gewesen und damit hat uns auch bewusst sein müssen, dass in dieses Haus auch investiert werden muss, dass das gesamte Gebäude, die Infrastruktur, Heizung und die technischen Anlagen eingerichtet werden müssen, dass die Außenfassade, die Fenster usw., dass das alles renoviert werden muss. Man kann natürlich geteilter Meinung sein, wer dort untergebracht wird, das ist legitim, da kann man diese und jene Meinung dazu haben. Wir haben halt aus wirtschaftlicher Überlegung gesagt, wir wollen dort den Rest der Fläche, die zur Verfügung steht, für Einrichtungen und für Abteilungen des Magistrates zur Verfügung stellen. Es hat auch den Hintergrund gehabt, das muss man auch noch einmal in Erinnerung rufen, wir haben ein Amtsgebäude in der Redtenbachergasse, wo das Sozial- und Gesundheitsamt untergebracht wurde, dort sind Investitionen von 2,4 Mio. Euro angestanden. Gunter Mayrhofer, du kennst das, weil sich ja die Bauabteilung damit beschäftigt hat, dort hätten wir investieren müssen und hätten nach wie vor ein altes Gebäude gehabt, darüber hinaus haben wir einige Abteilungen, die ausgelagert sind, wo wir dementsprechende Miete bezahlen und aus dem heraus hat es sich halt ergeben, dass es Sinn macht, wenn wir die restliche Fläche des Reithofferhauses für eigene Zwecke verwenden. Es war auch unsere Konzeption, dass das Archiv im Reithoffer untergebracht werden sollte, das hätten wir uns gut vorstellen können, der Spanring Dietmar ist dafür auch dementsprechend marschiert, aber wenn wir das so umgesetzt hätten, und da ist man auch erst nach intensiven Berechnungen und Untersuchungen daraufgekommen, dass die Statik für das Archiv in keinster Weise geeignet war und es hätte eine Unsumme von Euro gekostet, die Voraussetzungen für die Statik zu schaffen, damit das Archiv dort untergebracht werden könnte. Da würden wir heute nicht von 2 Mio. reden, sondern da würden wir um wesentlich mehr reden. Also das war der Hintergrund, das war einfach aus finanzieller Situation heraus. Ich komme eh gleich dazu, was die Überlegungen für das Archiv sind. Die Kostensteigerung von den Kostenschätzungen, die wir hier im Gemeinderat auch beschlossen haben, betragen nicht 40 % sondern 12 %. Mir wäre es auch lieber, und ich glaube, mittlerweile bin ich in diesem Kreis auch dafür bekannt, dass ich versuche beim Geld überall den Daumen drauf zu halten, sehr sparsam zu sein und das hat sich auch schon in mehreren Bereichen positiv niedergeschlagen, also für mich ist es auch nicht unbedingt erfreulich, dass es so ist, aber ich kann das nicht ändern.

Zum Punkt, mit Bürgschaften haben wir keine guten Erfahrungen, ja, da bin ich in einem Punkt schon dabei, wo wir keine gute Erfahrung gemacht haben, sollte man sich auch in der Zukunft überlegen, gegenüber Dritten Haftung zu übernehmen, wenn es nicht unbedingt sein muss, sollte man es nicht tun, aber wir haften ja für uns selber und nicht für irgendjemanden. Wir haben ja aus steuerlichen Gründen die KEG gegründet, jetzt KG damit wir vorsteuerabzugsberechtigt sind, und das ist eine 100 %ige Tochter der Stadt und gegenüber unsere 100 %ige Tochter übernehmen wir die Haftung. Also, da kann uns wirklich nichts passieren, es wird ja nicht möglich sein, dass unsere Tochter zahlungsunfähig ist und dass unsere Tochter in Konkurs geht und wir das zahlen müssen. Wenn das auch so wäre, das ist ein theoretisches Spiel, wäre es auch egal, ob wir es in dieser Form oder in der anderen Form zahlen, es kostet wegen dem nicht weniger. Tintenburg ist auch angeführt worden; es ist keine Tintenburg, sondern es wird eine Mehrfachnutzung drinnen sein, es ist ein Kulturhaus und es ist dort auch ein zusätzlicher Amtsbereich untergebracht. Es wird, liebe Michaela, auch du hast einen Teilerfolg, damit du dir bei der Zustimmung leichter tust, es wird auch in dieser Konzeption, aufgrund dass das Archiv nicht hinauskommt, wird nicht ein ganzes Geschoss frei, es war nie geplant, dass in einem Geschoss das Archiv untergebracht wird, sondern in dem mittleren Bereich der Geschosse wäre das Archiv untergebracht worden und im Außenbereich, dort wo die Fenster sind, waren immer Büros vorgesehen. Aus dem Grund, dass wir das Archiv jetzt nicht hinausgeben, haben wir im dritten Obergeschoss, in einer herrlichen architektonischen Umgebung, rund 300 m² Ausstellungsfläche zur Verfügung und es soll das auch so genützt werden. Es wird auch so konzipiert, dass dort auch Ausstellungen dementsprechend stattfinden können. Also, wir haben eigentlich alle Wünsche der Fraktionen untergebracht, wir haben uns da wirklich bemüht.

*Gelächter*

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir haben ein Ökoamtshaus, Musikschule, wir haben alles abgedeckt, mit der Beheizung, mit der Energiegewinnung, da haben wir gesagt, das müssen wir tun, damit die Zustimmung durch die Grünen und Freiheitlichen auch leichter möglich ist, du bekommst dort draußen deine Ausstellungsfläche, das wird auch der Fall sein. Wir haben ein Kulturgut in der Stadt, das wird wirklich ein Musterhaus werden, es passt dort auch in die Stadtentwicklung. Kupfer Andi, du bist ja zweimal mit dabei, weil du bist ja auch bei der Stadtentwicklung sehr engagiert. Also, ich glaube, dass das Haus dort hervorragend in die Umgebung hineinpassen wird und dass damit eine vernünftige Nutzung gegeben ist. Zum Schluss, das Stadtarchiv muss man einmal teilen, es gibt das historische Archiv – da ist geplant, dass es im Haus bleibt. Wir werden aufgrund der Übersiedlung und Verlagerung der Bauabteilung Flächen zur Verfügung haben, es wird mehr Flächenreserven geben. Das wird ein bisschen Zukunftsmusik sein, aber da kann man schauen, dass man für das historische Archiv mehr Raum zur Verfügung stellt, dass die ganze Infrastruktur besser wird, dass man mehr Leseraum zur Verfügung hat. Das ist nämlich auch das Problem, da geht es nicht nur um die Kästen, wo die drinnen sind, sondern das Rundherum ist ja auch wichtig, dass das gestaltet werden kann. Wir werden auch schauen, dass das Amtsarchiv, also das sind unsere Zetteln, die wir mit unseren Beschlüssen produzieren, schwerpunktmäßig oben auf der Ennserstraße, in

den Stadtwerken, untergebracht wird. Wir haben dort noch Reserven für die nächste Zukunft und das sollte dort auch dementsprechend genützt werden. Damit glaube ich, ist auch für den Teil Archiv dementsprechend vorgesorgt und wir werden auch dort eine Qualitätsverbesserung zustandebringen.
Darum ersuche ich, noch einmal abstimmen zu lassen und diesem schönen Kind eine breite Mehrheit zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, Grüne. Wer ist dagegen? ÖVP. Stimmenthaltung? Bürgerforum Steyr. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.
Also ihr würdet dafür sein, dass man das verfallen lässt, dass man es wegreißt.

*Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Für was? Keine Musikschule, kein Amtsgebäude, die ÖVP will nichts bauen.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr Vizebgm. Spanring.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Meinen Antrag, der von den Grünen kommt, möchte ich in die Kategorie „no na net, aber“ einreihen.

12) Präs-575/07
Antrag der Grünen betreffend Umsetzung des Konzeptes „spurwien“ für das Museum der Stadt Steyr ab 2008 in Etappen.

Die Stadt Steyr hat vor vielen Jahren einen Wettbewerb für die Neugestaltung eines Museum der Stadt Steyr im Innerberger Stadl ausgelobt. Im Frühjahr 2002 wurde vom Wettbewerbssieger – dem Atelier spurwien – eine Adaptierung der Projektvarianten abgegeben und im Anschluss vom Kulturausschuss einstimmig beschlossen.

Die Realisierung des Projekts harrt der Dinge. In regelmäßigen Abständen taucht das Thema in den Medien, in Gremien und in der politischen Diskussion auf. Was fehlt? Eine Perspektive für die Umsetzung.

Die Notwendigkeit für eine sofortige Realisierung liegt auf der Hand:

- Der Innerberger Stadl ist das „Portal“ der Stadt. Die attraktive Hülle des Gebäudes lockt BesucherInnen und Interessierte an, die Enttäuschung folgt in den Ausstellungsräumen. Ein modernes Museum könnte die Rolle eines Frequenzbringers für Touristen, Schulgruppen, etc. erfüllen.
- Eine Stadt mit einer über 1000-jährigen Geschichte ist verpflichtet, diese in zeitgemäßer Form zu präsentieren. Dutzende Vorbilder in Österreich (Wels, Lienz, Waidhofen a. d. Ybbs, Linz, Kufstein, Krems, ...) zeigen vor, wie spannend und besucherfreundlich Stadtmuseen funktionieren können.
- Das Depot und die Archivierung entsprechen nicht den gängigen Sammlungsstandards.
- Es gibt kein Vermittlungsprogramm, kein Fachpersonal.
- Das Museum ist nicht behindertengerecht bzw. barrierefrei ausgestattet.
- Die Ausstellungspräsentation ist nicht zeitgemäß.

Die Grünen stellen aus diesem Grund den Antrag auf

Umsetzung des Konzepts „spurwien“ für das Museum der Stadt Steyr ab 2008 in Etappen

- Erstellung eines Finanzierungsplanes (Etappenplan) bis Dezember 2007
- Projektstart 2008: Budgetmittel im außerordentlichen Budget 2008 zugeteilt
- Beauftragung „spurwien für die Detailplanung (Einreichung, Ausstellung, ...) bis Dezember 2007

Ich ersuche um Diskussion.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als Mitglied des Kulturausschusses nur ein paar Sätze zu diesem Antrag, eigentlich hätte ich mir ja heute erwartet, dass das heute von der ÖVP kommt, nachdem sie jetzt den Kulturausschussvorsitzenden stellen und eine spektakuläre Exkursion ins Heimathaus organisiert hat, wo die teilweise chaotischen Zustände offenbar wurden und ich habe mir gedacht, nachdem das die unendliche Geschichte ist und seit mindestens 10 Jahren, wie noch meine Vorgänger im Kulturausschuss tätig waren, eigentlich nichts weiter gegangen ist. Nichts desto trotz, der Antrag ist heute von den Grünen da, er fällt unter die Kategorie, wann geschieht endlich was in Steyr, nachdem vor kurzem ja einmal in einer Tageszeitung gestanden ist, es geht seit Jahren nichts mehr weiter, ich rede jetzt eh nicht vom Hochwasser, Herr Bürgermeister, ich rede von anderen Dingen, und offensichtlich haben die Grünen diese Chance genützt und zu Recht diesen Antrag eingebracht, wie ich meine. Ich hoffe, er wird mit Reden erfüllt und bleibt nicht wieder nur ein Stück Papier über das heute abgestimmt wird. Er ist inhaltlich ja teilweise begründet, um was es hier geht, Ausschreibung, Vorsorge soll getroffen werden, dass es im Budget nächsten Jahres finanziell berücksichtigt wird. Nachdem ja jetzt die Oktobersitzung ist und bald das Budget beschlossen werden soll und wird, werden wir ja sehen, ob im Budget im nächsten Jahr Mittel vorhanden sind, um diesen untragbaren Zustand dort endlich zu beseitigen. Ich bin froh, dass er gestellt worden ist, wir werden sehen, wie sich die Mehrheitsfraktion dazu stellt und vor allem, ob sie das dann auch umsetzt und nicht nur heute beschließt, oder nicht einmal beschließt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Den Antrag haben wir nicht aus Jux und Tollerei gestellt, oder vielleicht aus polemischen Gründen, die man uns unter Umständen unterstellen könnte, nein, ich bin wirklich der Meinung, dass es sehr dringend ist, über diese Sache zu sprechen. Wir haben am kommenden Samstag die lange Nacht der Museen in ganz Österreich, in Steyr herrscht diese lange Nacht in unserem Museum schon ein bisschen länger.

*Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare*

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Ja, es ist ein bisschen dunkel in unserem Museum, meines Erachtens, oder unseres Erachtens zu dunkel. Sie werden sich fragen, warum stellen wir die-

sen Antrag jetzt? Es gibt dafür drei Gründe. Der erste Grund, dass es eigentlich ein unerträglicher Zustand für alle ist und ich glaube, da sind wir auch alle einer Meinung. Wir kennen alle dieses Museum, dieser Zustand ist einer Stadt mit einer Geschichte von über 1000 Jahren einfach nicht würdig. Es gibt keine Museumsvermittlung, es gibt keine Heizung, es ist nicht barrierefrei, wie das Depot und das Archiv ausschaut, das hat uns der Wolfgang beim letzten Mal gezeigt. Also, wie dieses Museum ausgestattet ist, ist uns allen bekannt. Was noch dazu kommt und das fehlt uns auch ein bisschen, es gibt auch keine Perspektiven und das ist auch der Anlass unseres Antrages, wir wollen den Bürgermeister, aber auch den zuständigen Stadtrat mit diesem Antrag auch die Unterstützung geben, für das Budget im kommenden Jahr wirklich in eine Zeitplanung und einen Etappenplan zu kommen. Der dritte Grund ist der, dass es in 2 Jahren auch mit Linz 09 ein europäisches Kulturereignis gibt, das nicht nur für Linz, sondern auch für den Zentralraum von Bedeutung ist und wir denken, wenn in Linz Investitionen in die Infrastruktur gemacht werden und auch einige Einrichtungen in Linz 2009 nicht fertig sind, das wird auch in Steyr nicht sein, wenn wir nächstes Jahr beginnen, aber es durchaus ein ganz wichtiges Signal wäre, auch im Kulturhauptstadtjahr mit diesem Projekt zu beginnen. Die Chancen für dieses Projekt sind uns allen, glaube ich, klar, das Heimatmuseum, oder das Museum der Stadt Steyr könnte ein zusätzlicher Frequenzbringer für die Innenstadt werden, es steht am Eingang, am Portal unserer Stadt. Es könnte ein kulturelles Zentrum mitten in der Stadt sein, ein touristisches Highlight, ein Markenzeichen. Auch die Pädagogik wäre unseres Erachtens nach, ganz wichtig, es sind ja hauptsächlich auch Schulgruppen, Kinder, Jugendliche und Interessierte, die Museen besuchen. Und auch ganz wichtig, wir haben in 1 oder 2 Monaten, bei der nächsten Gemeinderatssitzung einen Tagesordnungspunkt, zumindest ist es so geplant, einen Kulturentwicklungsplan zu beschließen. Dieses Projekt wäre auch ein mutiger erster Schritt zur Umsetzung eines Kulturentwicklungsplanes. Einige wenige Worte zum Konzept; das Konzept ist auch bekannt, wir haben einen Wettbewerb gehabt, dieser Wettbewerb wurde gewonnen, über die Details dieses Wettbewerbs kann es durchaus noch Diskussionen geben, aber wir haben es auch im letzten Kulturausschuss diskutiert, die zukünftigen Nutzer, auch das Personal, wären sicher froh, wenn dieses Konzept, das auch ein Cafe, Büros, einen Shop vorsieht, auch temporäre Ausstellungseinrichtungen, dass das in diesem Sinne realisiert wird. Unser Antrag hat drei Punkte, nämlich einerseits einen Etappen- und Zeitplan zu erstellen, andererseits wirklich Ressourcen für das kommende Jahr sicher zu stellen; es sind derzeit noch Verhandlungen über das Budget im kommenden Jahr. Und der dritte Punkt ist, dieses Konzept zu übernehmen. Jetzt weiß ich natürlich, dass sich die einzelnen Fraktionen Gedanken zu unserem Antrag gemacht haben und es werden sicher die einen oder anderen Vorschläge kommen, diesen Antrag ein wenig aufzuweichen, ich bitte sie aber trotzdem, diesen Grundsatzbeschluss zu treffen, wirklich in die Umsetzung dieses Projektes zu gehen, von mir aus können wir es einem Ausschuss zuordnen, aber ich glaube, das was wirklich wichtig ist, dass wir uns hier und heute wirklich die Meinung bilden, uns auch entscheiden, dass wir wirklich in die Umsetzung gehen, denn ich glaube, dass dieses Projekt wirklich schon zu lange auf Umsetzung wartet und die Zeit reif ist, es umzusetzen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, jetzt bin ich 10 Jahre in diesem Gemeinderat und wenn für jede Minute, die jeder von uns dafür verwendet hat, über das Thema zu sprechen, eine Presseaussendung zu schreiben, sich mit der Thematik zu beschäftigen, 1 Euro gefallen wäre, dann hätten wir die ganze Debatte nicht mehr. Das Thema, denke ich mir, ist jedem bekannt, ich habe eigentlich immer schon so mein Dejavu, schon wieder, im Endeffekt geht es um etwas, was bereits Anfang 2000 herum eigentlich beschlossen worden ist, es gab x Anträge dazu, dann einen Plan mit etappenweiser Sanierung vorzulegen usw., also das Thema ist altbekannt. Ich bin insofern froh, dass es die Grünen wieder zum Thema machen, weil ich oft das Gefühl habe, man hofft, dass sich Probleme im Laufe der Zeit lösen. Was derzeit anscheinend das große Problem ist, ich spreche es einfach offen aus, ist das, dass man zuerst ein Konzept hat machen lassen und sich erst jetzt die Frage stellt, wie ist das mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Statt diese denkmalschützerischen Aspekte vorher abzuklären und den Betreibern von „spurwien“ einfach klare Vorgaben zu geben, was ist denkmalschützerisch möglich und was nicht, sondern die haben geplant und jetzt kommt man auf einmal darauf, das passt nicht zum Denkmalschutz und das auch nicht und jetzt steht die ganze Partie, weil man eigentlich nicht weiß, wie soll man weitertun. Das finde ich sehr schade. Einen Finanzierungsplan sollten wir eigentlich schon lange haben, was wir auch brauchen würden – und das ist das, was ich eigentlich bei dem Antrag der Grünen ein bisschen vermisse – dass uns auch klar sein muss, dass man in Zukunft personelle Ressourcen für den Betrieb dieses Museums zur Verfügung stellen muss, weil mit dem wenigen Personal, das derzeit vorhanden ist, kann man ein Museum schlichtweg nicht betreiben. Wenn sie nach Wels gehen, ähnlich vergleichbare Situation, wie viele Mitarbeiter sie dort vorfinden und wie viele in Steyr, dann weiß jeder von uns, damit ist es nicht machbar. Das heißt, es muss uns bewusst sein, wenn wir ein Museum der Stadt Steyr haben möchten, und wir haben das älteste Wirtschaftsgebäude der Renaissance in Steyr, und wenn uns das etwas wert und wichtig ist, dann muss es auch finanzielle Mittel für die personelle Besetzung danach geben. Das muss uns auch jetzt schon bewusst sein, weil sonst haben wir ein neues, oder ein neugestaltetes Museum, aber leider kein Personal dazu. Das zweite, was ich vermisse, es geht jetzt eigentlich immer nur um das Thema Bau, was aber auch sein müsste, bevor ich zum Bauen, oder zum Umbauen anfange, dass ich auch wirklich ein Konzept habe, nämlich ein inhaltliches Konzept, was soll dort genau passieren, welche Zielgruppen spreche ich in erster Linie an, wende ich mich an Touristen, wende ich mich an Schüler, wie kann ich diese Zielgruppen verbinden usw. Das ist das, was mir fehlt. Aus dem Grund, möchte ich einen Zusatzantrag zum Antrag der Grünen einbringen.

**Zusatzantrag zum Antrag Präs-575/07**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Erstellung eines inhaltlichen Konzeptes unter Berücksichtigung museumspädagogischer Grundsätze und der Vernetzung mit dem Museum Arbeitswelt, in Sinne eines Museumsverbundes.

Die Projektorganisation für die Erstellung dieses inhaltlichen Konzeptes soll in der nächsten regulären Sitzung des Kulturausschusses besprochen und festgelegt werden.

**Begründung:**

Vor baulichen Änderungen/Adaptionen muss es sinnvollerweise ein inhaltliches Konzept geben, wie in Zukunft der „Museumsbetrieb“ aussehen soll.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Hans. Ich muss sagen, ich sehe es eher im Gegenteil positiv, die Berichterstattung hat offensichtlich doch etwas genutzt, dass möglicherweise Bewegung in die ganze Museumslandschaft kommt und das freut mich. Wenn die Fotos auch dazu beigetragen haben, dass man dann dafür geprügelt wird, dass wieder Bewegung hineinkommt, dann war es das auf jeden Fall wert.

*Zwischenruf: Welche Fotos?*

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Die, die ich beim letzten Gemeinderat präsentiert habe. Dieses Konzept von „spurwien“ unter anderem, ist in meinen Augen ein reines Raumkonzept, es hat in Wirklichkeit inhaltlich überhaupt keine Aussage und mir kommt die Vorgangsweise so vor, wir bauen zuerst einmal um und dann schauen wir, was hineingeht. Das wäre ungefähr so, man baut ein Haus mit einem Kinderzimmer und dann kommt man drauf, dass man vielleicht drei Kinder hat und dann weiß man nicht mehr, wie man sie unterbringen soll. Ich glaube, der Vergleich ist eigentlich richtig, weil wir haben mindestens für 3 oder 5 Kinderzimmer Material im Museum, wir haben wunderbare Dinge, die wir wirklich präsentieren sollten, aber ich muss zuerst wissen, was habe ich, was ist da und was will ich zeigen, bevor ich dann sage, ok und wie präsentiere ich es? Also, mir persönlich fehlt die inhaltliche Diskussion und das, was da jetzt ein bisschen angedacht wird, ist ein inhaltsloses Vorgehen. Ich glaube, es wäre besser, man schaut einmal was da ist und da würde ich anregen, dass man einmal eine Gruppe oder einen Verein, so ähnlich wie dieser Verein, der im Archiv ja existiert und sehr gute Forschungsarbeit leistet, dass man da einmal schaut, dass man Fachleute und auch fachkundige Laien, wie es in Steyr ja viele gibt, dass man die einmal zusammenbringt und dass man mit denen zusammen den ganzen Fundus sichtet und dann einmal eine inhaltliche Diskussion hier in Steyr abhält, was wollen wir. Denn wir Steyrer müssen wissen, was wir wollen und nicht irgendwelche Herren in Wien, die halt irgendwelche Ausstellungen oder solche Dinge gestalten, aber von den Bedürfnissen in Steyr, glaube ich, ihre Meinung von weit her haben. Wir in Steyr müssen unsere Wurzeln im Steyrer Museum ausgraben und darum glaube ich, wäre es ganz wichtig, hier einmal eine Gruppe auf die Beine zu stellen. Es gehen dann immer die Diskussionen, wir wissen zwar nicht, was wir machen, aber das Kripperl muss auch hinaus. Warum? Das ist derzeit ein Status, der absolut unbefriedigend ist und es ist sicher richtig, dass jetzt endlich eine Vorwärtsbewegung in dem Ganzen geschehen muss, aber ich kann nicht irgendetwas machen, nur dass wir etwas tun und dann wissen wir eigentlich nicht wirklich, was wir eigentlich damit bezwecken wollen. Was aber ein wichtiger Punkt wäre, und ich glaube, die Gelegenheit ist absolut einzigartig und jetzt unabhängig

von dem, dass man versuchen sollte, das Haus Derfler anschließend zum Museum dazu zu erwerben. Es wäre eine einmalige Gelegenheit, es gibt nur das eine Haus daneben und es würde mit Sicherheit dazu passen. Ich würde einmal vorschlagen, mit der Frau Derfler bezüglich des Hauses zu sprechen, einen Museumsverein in Steyr auf die Füße zu stellen, der sich mit den inhaltlichen Dingen beschäftigt und den Dinge, die da sind, einmal sichtet und bewertet, dazu alle interessierten Steyrerinnen und Steyrer, die Fachleute, es gibt auch Steyrer Experten dafür, aber auch Private, die sehr gut sind, die einmal aufruft, vielleicht findet man auch Gönner, denen so etwas am Herzen liegt, die bestehenden Exponate sichtet und dann eine Entscheidung treffen, nämlich eine inhaltliche Entscheidung und nicht irgendetwas umzubauen. Das wäre wahrscheinlich auch viel billiger und wäre von uns Steyrern für uns Steyrer.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Schuster bitte.

GEMEINDERAT
MAG. ERWIN SCHUSTER:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Was heute gesagt worden ist, ist zum Großteil absolut richtig. Wenn ich beim Kollegen Hack beginnen darf; zur Belebung der Diskussion habe ich – glaube ich – das letzte Mal mit meiner Wortmeldung beigetragen, habe auch dementsprechende Schlagzeilen bekommen. Das, was die Michaela gesagt hat, ist auch fast richtig, würde ich sagen, weil personell stimmt deine Analyse – da muss ich dann auch noch etwas zum Antrag der Grünen sagen. Baulich und inhaltlich ist es eigentlich – glaube ich – genau umgekehrt. Es muss im Endeffekt der bauliche Rahmen da sein, damit ich weiß, was kann ich reintun. Das ist ungefähr so, wie wenn man eine Wohnung bezieht, ich kaufe nicht das Wohnzimmer, bevor ich nicht weiß, wie groß das Wohnzimmer ist, zumindest machen es die Fachleute so. Und wenn beim Antrag der Grünen zu hundert Prozent – bis auf den einen Punkt – kein Fachpersonal dabei war, dann ist es ein bisschen schwierig, aber darüber kann man hinwegschauen. Was soll tatsächlich weitergehen? Der nächste Punkt der Kritik bezüglich Denkmalschutz stimmt wahrscheinlich, der nächste Punkt ist aber, dass beim Plan des Architekten Grünberger von „spurwien“ baulich wie inhaltlich etwas abzuändern ist. Klar, aufgrund der neuen Gegebenheiten, muss der nächste Schritt ganz einfach sein, dass sich der Architekt Grünberger von „spurwien“ mit dem Bundesdenkmalamt, sprich mit dem Herrn Dr. Kaiser, zusammentun muss, die müssen ein gemeinsames, geändertes bauliches Konzept erstellen, darauf kann man dann im Endeffekt die Finanzen aufhängen. Parallel dazu kann man dann, wenn man weiß, wie das bauliche Konzept ausschaut, sofort anfangen auch den Inhalt in der entsprechenden Form festzulegen und dann kann man immer noch diskutieren und alle mit einbeziehen, von Lehrern bis Interessierte, wie schaut es wirklich aus, was ist wichtig, weil da sind die Meinungen unter Umständen auch zwischen grün und blau. Im Endeffekt, da sind wir uns alle einig, muss im Vordergrund ein neues und schönes Museum für Steyr stehen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Werte Kolleginnen, liebe Kollegen. Inhaltlich sind sich – glaube ich – alle Fraktionen im Wesentlichen darüber einig, dass im Heimathaus etwas geschehen muss, dass man auch Schrit-

te setzen muss. Der Antrag, der aber vorliegt, ist in dieser Form nicht zu beschließen, weil man das Konzept von „spurwien“ nicht einfach in dieser Form beschließen kann, weil es natürlich doch nicht unbedenkliche Einschränkungen oder Einwendungen des Bundesdenkmalamtes gibt. Daher glaube ich, wäre der sinnvolle Weg einmal – und der Kollege Schuster hat es gesagt – damit man einmal den ersten Schritt setzen kann, muss man einmal schauen, was ist eigentlich baulich alles möglich, was kann man verändern. Das gehört mit dem Bundesdenkmalamt abgeklärt und dann kann man die nächsten Schritte setzen, in welchem Zeitplan, in welchen Etappen wir das in diesem Haus machen. Natürlich ist dann auch ein entscheidender Punkt, wie die Finanzierung in diesen Etappen gesichert ist. Daher möchte ich es kurz machen und einen Antrag zur Geschäftsordnung machen, dass dieser Antrag zurückgestellt wird. Also nicht zurückgestellt wird, sondern an die Bauabteilung, bzw. den Bauausschuss zugewiesen wird, dort sind die zuständigen Stellen, welche bauliche Maßnahmen sind möglich. Wenn das dann abgeklärt ist, dass man sich dann weiter unterhält, wie die nächsten Schritte sind.

Ich ersuche, dieser Vorgangsweise die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zum Antrag zur Geschäftsordnung hat jede Fraktion noch eine Wortmeldung? ÖVP? Nein. Grüne?

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Vielleicht zur Richtigstellung, bevor ich kurz auf diesen Antrag eingehe. Wolfgang, ich bin schockiert, ich bin schockiert über deine Ahnungslosigkeit, wäre Lengauer hier, der dieses Projekt solange verfolgt hat – und Kollege Mayrhofer, der auch seit 1997 im Gemeinderat sitzt und weiß, wie wir im Kulturausschuss um ein inhaltliches Konzept gerungen haben und um ein bauliches Konzept mit „spurwien“, da hat es x Diskussionen natürlich auch über Inhalte gegeben.

*Unverständlicher Zwischenruf*

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Es steht in den Papieren nicht drinnen, aber wir haben genug Pläne und Diskussionen über dieses Thema gehabt. Jeder, der über viele Jahre im Kulturausschuss sitzt, weiß, dass noch die Feinarbeit notwendig ist. Aber wie du das jetzt argumentiert hast, ist das ein Aufschnüren eines Paketes, das meines Erachtens die Realisierung eines Projektes in weite Ferne bringen würde. Zum Vorschlag vom Gerhard Bremm, ja, unsere Zustimmung mit der Bitte und vielleicht auch mit dem Hinweis, wie schaut es mit den finanziellen Mitteln im kommenden Jahr aus? Gibt es eine Reservierung dafür? Bzw. was heißt, Zuweisung zum Bauausschuss, ist das die nächste Sitzung und werden dort diese Punkte in der Art und Weise behandelt?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
In der nächsten Sitzung – das ist eine sehr kurze Zeit – dass man sich da diesem Thema wirklich im Detail widmet, das kann ich mir nicht vorstellen. Ich würde sagen, in der ersten Frühjahrssitzung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman, Wortmeldung? Nein. Michaela?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeindera-

tes, werte Gäste. Ich kann mich schon durchaus damit anfreunden, dass man sagt, man klärt jetzt einmal ab, wie schaut es mit dem Denkmalschutz aus, wie lässt sich das Konzept „spurwien“ dann realisieren, allerdings was ich damit noch immer nicht abgeklärt habe, ist wirklich einen Schritt weiter zu denken, an diese inhaltliche Dimension und auch solche Dinge einfließen zu lassen, das halte ich gar nicht für eine schlechte Idee, zu sagen, es gibt z. B. so einen Art Verein, oder was immer das dann sein mag, wo man versucht möglichst viele Steyrer auch dazu zu bewegen, vielleicht etwas für das Museum zu spenden, für das Museum zu arbeiten, sich zu engagieren, wie es auch beim Stadtarchiv passiert ist. Das wäre mit diesem Antrag aber nicht abgedeckt. Ich habe jetzt keine Ahnung, da oute ich mich, weil die Situation haben wir selten gehabt, kann man einen Antrag zur Geschäftsordnung auch bei einem Zusatzantrag stellen?

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Der Zusatzantrag teilt immer das Schicksal des Hauptantrages, wenn der Hauptantrag zugewiesen wird.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Schon, aber in den selben Ausschuss? Weil der Bauausschuss ist nicht für diese Thematik zuständig, das ist der Punkt.

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Das ist nicht teilbar, der Zusatzantrag teilt immer das Schicksal des Hauptantrages.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Gut, dann werden wir uns eben im Bauausschuss – wir sind ja, glaube ich, flexibel – unterhalten, wie man das machen könnte, das wäre mir sehr wichtig. Eine Bitte an den Vorsitzenden des Bauausschusses, an den zuständigen Referenten, das Thema ist, denke ich mir, so wichtig, vor allem wenn man diese Komponente auch mit hinein nimmt, dass man sich weiter überlegt, in inhaltliche Richtungen, Museumsverein, auch Museumsverbund, da würde ich bitten, dass das wirklich eine eigene Sitzung ist, und nicht als Anhängsel.

*Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Ing. Dietmar Spanring*

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Na gut, dann machen wir es im Kulturausschuss, das ist mir eh lieber, aber ich habe gerade gehört, dass das rechtlich nicht möglich ist, das zu splitten.

*Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare*

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Diesen Antrag an beide Ausschüsse zuweisen!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geht das?

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Ja, dann aber auch den Hauptantrag.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, das machen wir. Da haben wir eine salomonische Lösung gefunden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann stimmen wir darüber ab, Zuweisung an den Bauausschuss und an den Kulturausschuss. Wer für diese Vorgangsweise ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstim-

men? Stimmenthaltungen? Gibt es keine, einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter, StR Wilhelm Hauser bitte.

BE:STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Heute geht es um den Geschäftsbericht der Stadtwerke für das Jahr 2006. Kurz zusammengefasst befinden wir uns in einer Situation, dass wir Gott sei Dank die Verluste gegenüber dem Jahre 2005 wieder etwas verringern konnten. Ich möchte in Erinnerung rufen, 2005 hatten wir einen Verlust von 1,3 Mio., dieses Mal, im Jahr 2006 haben wir ihn auf Euro 797.000,-- verringern können. Das ist immerhin eine Verbesserung um über Euro 500.000,--. Die Problematik in dieser Verlustsituation liegt darin, dass wir beim Gasgeschäft leider Gottes immer weiter in die Hinterhand gedrängt wurden. Also einerseits beim Gashandel natürlich, da waren die Einstandspreise so hoch, dass wir trotz Preiserhöhung diesen Verlust nicht mehr aufholen konnten, weil es war einfach unmöglich, 25 % des Einstandspreises, was sich der in dem Jahr erhöht hat, einfach an die Kunden weiterzugeben. Wir haben eine durchschnittliche Erhöhung des Preises von ca. 7 % gehabt und es war also unmöglich, das aufzuholen. Andererseits sind wir ja auch aufgrund des Gasliberalisierungsgesetzes verpflichtet, Gashandel und Gasnetz zu trennen und beim Gasnetzpreis kommt natürlich dazu, dass auch die Materialaufwände, die wir dort haben, hineingerechnet werden müssen und dass diese Behörde E-Control – ich habe das eh schon ein paar Mal erwähnt – uns nicht gerade wohlgesonnen ist. Das hat jetzt nichts mit Steyr zu tun, sondern das trifft eh alle. Man geht so mir nichts, dir nichts, plötzlich her und sagt, die Abschreibungsfähigkeit der Materialien für die Lebensdauer dieser eingebauten Rohre erhöht sich von 20 auf 40 Jahre. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir also doppelt so lange brauchen, dass wir das abschreiben können, was wir in dieses Gasnetz investieren, und das ist ja eine sehr wichtige Angelegenheit, weil es geht ja auch um die Sicherheit in unserer Stadt, was die Gaszulieferung betrifft, dann denke ich mir ganz einfach, dass das die Situationen auch erheblich verteuert. Wir sind trotz allem in der Lage, ohne Zuschüsse von der Gemeinde auszukommen, Gott sei Dank. Zur Verlustabdeckung ist es insgesamt also so, dass eine 12 %ige Preisreduktion beim Gasnetz, die uns auch die E-Control im Jahr 2006 noch aufoktroyiert hat, dass es gesamtheitlich gesehen nicht mehr möglich war, hier zumindest eine schwarze Null zu erreichen. Die Geschäftsentwicklung an und für sich – außer dem Gas – ist in den Stadtwerken sehr positiv. Wir haben also überall Steigerungen und siehe da, auch die Verbesserungen bei unseren Verkehrsbetrieben, ob das jetzt die modernen, klimatisierten Busse sind, oder die Investitionen, die wir bei den Haltestellen hatten, oder auch der Einstieg in das Regionalverkehrskonzept, wo ja der erste Schritt die Linie 5 war, hat unter anderem dazu geführt, dass auch hier Erlöszuwächse zu erzielen waren und dass wir im Jahr 2006 knapp über 100.000 Beförderungen mehr hatten. Wir haben im Jahr 2006 durchschnittlich pro Tag – und das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen – 12.700 Kunden in unserem Verkehrsbetrieb befördert, also keine Kleinigkeit und ich denke mir, dass das ein sehr positives Ergebnis ist. So wie es derzeit ausschaut, werden wir auch weiterhin Zuwächse haben, heuer natürlich auch – auch wenn es erst im September losgegangen ist – mit der Linie 11, die wir nach Garsten eröffnet haben.

Die Bestattung, das Krematorium, das Wasser, entwickelt sich in der Geschäftstätigkeit äußerst positiv. Beim Stadtbad haben wir zwar einerseits eine noch wenig geringere Entwicklung bei den Erlösen gehabt, aber man muss natürlich dazu sagen, dass wir durch die Bautätigkeit dort später aufgesperrt haben. Wir haben dort ja vom Jahr 2005 auf 2006 die größten Investitionen gehabt, wir haben über 1,2 Mio. Euro in den Ausbau bzw. in die Erneuerungen und Sanierungen investiert. Ingesamt ist es aber so zu sehen, dass es uns trotz dem, dass wir 1,3 Mio. Euro Verlust bei den Verkehrsbetrieben schreiben, gelungen ist, auch insgesamt im Rahmen der Geschäftsentwicklung der Stadtwerke dahin zu kommen, dass wir nur 797.000,-- Euro Gesamtverlust haben. Es ist also an und für sich so, dass wir auch mit den Sparmaßnahmen, die wir uns selbst aufoktroyiert haben, hier Erfolge erzielt haben. Auch die Personalkostenreduktion von ca. 4 % ist uns gelungen, trotz des Anstieges von 2,7 % bei den Löhnen und Gehältern, und ich denke mir, auch da ist Gesamtgesehen durchaus von Erfolg zu sprechen. Der Bestätigungsvermerk sagt uns ja eindeutig aus, dass die Finanzgebarung, hier wie sie vorliegt und der Geschäftsbericht in Ordnung ist. Wir werden das auch in Zukunft so machen, das haben wir ja auch gemeinsam beschlossen, dass wir also weiterhin die Stadtwerke vom Büro Karlinger & Schwarz auch überprüfen lassen und es somit zu geringeren Diskussionen kommt, ob das jetzt vergleichbar ist, ob die Dinge alle stimmen, die da drinnen stehen, oder nicht.
In diesem Sinne, möchte ich mich vor allen Dingen auch bei allen Bediensteten der Stadtwerke, und das sind im Durchschnitt über das Jahr hin gesehen immerhin 130 Bedienstete, die wir haben, für die Leistungen sehr herzlich bedanken, sie tragen unter anderem dazu bei, dass es eine ordentliche Serviceleistung für unsere Bürgerinnen und Bürger gibt, sei das jetzt bei der Bestattung, sei das beim Wasserwerk, beim Gaswerk, bei den Verkehrsbetrieben, oder in den Freizeiteinrichtungen.

13) Stw-188/07
Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2006 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 4 Abs. 3, lit. b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt.

Gleichzeitig wird die Auflösung der Rücklagen mit insgesamt € 25.091,-- genehmigt.

Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz, Stadtbus und Gas Handel zugestimmt.

Ich ersuche, den Geschäftsbericht zu diskutieren bzw. abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Dunst bitte.

GEMEINDERAT
HARALD DUNST:
Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Gäste und geschätzte Kollegen. Nachdem ich mir die Bilanz ziemlich genau durchgelesen habe, möchte ich einige kurze Worte darüber verlieren und hier auch anmerken. Ich möchte gleich im Vorhinein feststellen, dass wir dieser Bilanz und diesem Geschäftsbericht sicher zustimmen können, im Großen und Ganzen ist alles positiv verlaufen. Einiges z. B., wie der Hauser Willi bemerkt hat, der Perso-

nalaufwand ist um 4 % gesunken, aber auch der Verschuldungsgrad ist um 1 % gesunken, was ja sicher positiv ist. Die Personalkosten je Mitarbeiter im Bereich sind realistisch anzusehen, das ist sicher äußerst positiv anzumerken. Aber gestatten sie mir bitte einige Fragen oder Anmerkungen zu verschiedenen Positionen, um den Tatsachen hier ins Auge zu schauen. Z. B. ist die Krankenstandsentwicklung um 0,1 % oder 0,8 Tage zurückgegangen. Das ist nicht wirklich ein Erfolg, wenn ich mir vergleichbare Städte anschaue, jetzt nicht Linz oder Wels, weil die haben ein anderes System, dort liegt die Krankenstandsquote teilweise 1,2 % unter der von Steyr. Aber auch die Lehrlingszahl, die mir persönlich auch am Herzen liegt, von 3 in den Stadtwerken, was ein Verhältnis von 43,6 Beschäftigten zu einem Lehrling ergibt, ist ein Wert unter dem vergleichbarer Städte. Dieser Wert wäre es wert, auch von ihnen überdacht zu werden. Mich würde interessieren, von welchen zuständigen Stellen, von der Personalvertretung, wie auch von Ihnen, Herr Schuster, welche Maßnahmen hier angedacht sind, dies zu ändern. Um aber zum Ergebnis zurückzukehren, es zeigt sich alleine bei den Beitragsdifferenzen ein enormer Unterschied zwischen Voranschlag – tatsächlichen Ergebnis oder Invest und damit eine Differenz zu 2005 auf. Z. B. wurden bei den Verkehrsbetrieben um über ½ Mio. Euro weniger investiert als geplant, was sich natürlich als positives Ergebnis in der Bilanz zum Voranschlag ausweist und sich auch oberflächlich als positiv verkaufen lässt. So ähnlich verläuft es auch beim Krematorium. Hier ein kleines makaberes Detail am Rande, durch die sinkende Bevölkerungszahl in Steyr, werden natürlich auch die Sterbefälle – andererseits auch Gott sei Dank – weniger, was natürlich auf längere Zeit gesehen, den Ertrag irgendwann einmal schmälern wird, das ist nun einmal so. Das Stadtbad und die Gasproblematik möchte ich hier weglassen, weil das lange genug diskutiert worden ist und gerade beim Stadtbad durch Investitionen und Umbauten eine Gegenüberstellung schwierig bis unmöglich ist. Eines ist natürlich schon ein wenig eigenartig, es gibt eine Steigerung beim Büromaterial bei den Stadtwerken um ca. 10.000,-- Euro, alternierend dazu sind die Kürzungen im Maschinen- und Werkzeugeinvest ca. 16 %. Jetzt dürfen anscheinend verschiedene Mitarbeiter mit alten bis veralteten Maschinen weiterarbeiten, was über kurz oder lang einen Investschub auslösen wird, ja sogar muss, weil irgendwann werden die Dinge ja doch kaputt, es hilft nichts. Ein Großteil des Ergebnisses, und das dürfen wir nicht unberücksichtigt lassen, basiert aber alleine auf Preiserhöhungen. Einige Beispiele; bei der Bestattung + 2%, Krematorium + 1,5 %, Wasserpreis +2,5 %, Stadtbad + 2,1 % und Stadtbus sogar um + 3,8 %. Dass auch bei der Kunsteisbahn eine Erhöhung um 1,4 % stattgefunden hat, ist bei den Auswanderungstendenzen der Stockschützen und sinkender Eisläuferzahlen und eine weitere nicht zielführende Investitionsplanung etwas merkwürdig. Als Resümee kann man also sagen, dass das Ergebnis von 6 positiven zu 2 negativen Teilbereichen hauptsächlich durch Zahlenkosmetik, durch Einsparen beim Invest oder durch Preissteigerung auf Kosten der Steyrer Bürger erreicht wurde. Allerdings muss man eines schon fairerweise auch sagen, es wurde in gewissen Bereichen hervorragend gewirtschaftet. Wie gesagt, wir werden diesem Budget, diesem Antrag, die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeister, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Trotz der enormen Leistungen, die die Mitarbeiter der Stadtwerke erbringen, ist die finanzielle Lage nicht so rosig, wie man aufgrund der Berichterstattung des zuständigen Stadtrates Willi Hauser annehmen könnte. Ich habe ja bereits in der Verwaltungsausschusssitzung, als diese Thematik hier behandelt wurde, darauf hingewiesen, dass es zwar sehr erfreulich ist, dass der Verlust 2006 gegenüber dem Jahr 2005 von 1.310.000,-- auf 797.377,-- Euro gesunken ist, dass aber dennoch dieser Negativtrend anhält. Und zwar zum Einen deswegen, und das ist schon von großer Bedeutung und entscheidend, weil es einen weiteren Teilbereich der Stadtwerke gibt, nämlich den Gashandel, der nur durch interne – noch durch interne - Betriebskostenzuschüsse finanziell ausgeglichen werden kann. Zum Anderen, weil aufgrund der vorliegenden Zahlen erkennbar ist, dass in den künftigen Jahren der Verlust, gesamtbetrieblich gesehen, wieder enorm ansteigen wird. Das ist schon sehr wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer wieder darauf hinzuweisen, weil das über kurz oder lang auf die Stadt zurückkommen wird, denn – ich sage es dann zum Schluss, was die Konsequenz daraus ist – wenn man berücksichtigt, dass im Jahr 2001 rund 426.000,-- Euro Gewinn erwirtschaftet wurde, 2002 Euro 643.000,--, 2003 Euro 890.000,--, 2004 Euro 323.000,-- und im Jahr 2005 Euro 1.310.000,-- minus, im Jahr 2006 und um das geht es heute 797.377,-- Euro minus, immer bei einem Umsatz von 15 bis 16 Mio. Euro – nur damit wir auch die Umsatzzahlen kennen. 2007, meine sehr geehrten Damen Herren, und jetzt komme ich auf das, was ich vorhin als negativ bezeichnet habe, soll laut Hochrechnung der Verlust wieder auf 1,9 Mio. Euro ansteigen, die Umsätze aber auf 13,53 Mio. Euro sinken. Laut Hochrechnung, darüber haben wir auch schon im Verwaltungsausschuss gesprochen, wird man im nächsten Budget erkennen, dass man in den Stadtwerken gesamtbetrieblich mit einem Verlust von 2.594.000,-- Euro rechnet und der Umsatz weiter sinken wird auf 12.820.000,-- Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das immer gemacht und sage es auch heute, wer dafür verantwortlich und zuständig ist und als Person, das sage ich auch ganz offen, das was der Herr Minister Bartenstein damals, der diese E-Control ins Leben gerufen hat, die dazu geführt hat, dass wir jetzt bereits soweit sind, und das muss man sich einmal vorstellen, wo wir früher einen Gewinn von rund 24 Mio. Schilling erwirtschaftet haben, in der Lage waren, aufgrund der günstigen steuerlichen Verhältnisse durch den Betriebeverbund den Verkehrsbetrieb, der nicht kostendeckend arbeiten kann, zu unterstützen und jetzt sind wir soweit, dass wir bereits einen Betriebskostenzuschuss brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist sehr dramatisch. In Wahrheit, wenn man sich die Sache genau anschaut, gibt es in den 7 Teilbereichen, es sind eigentlich 8, weil Gashandel und Gasnetz inzwischen getrennt wurde, gibt es nur mehr einen Betrieb. Das ist das Wasserwerk, der mit jährlich steigenden Gebühren, das muss man auch einmal sagen, noch in der Lage ist, Verluste und Investitionen von anderen Teilbereichen abzudecken.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Krematorium?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Darum habe ich bewusst gesagt, Herr Bürgermeister, dass das Wasserwerk in der Lage ist, Verluste und Investitio-

nen anderer Teilbetriebe abzudecken. Wir zahlen einen Verlustersatz an Stadtbad, Kunsteisbahn und auch Investitionen in anderen Teilbereichen aus den Gewinnen des Wasserwerkes. Man könnte da näher ins Detail gehen, aber das möchte ich nicht, weil der Referent weiß ja eh genauestens darüber Bescheid. Es wäre also wirklich sehr wichtig, dass sich die Stadtwerke ein neues Standbein suchen, um diese Negativentwicklung abzufedern. Wir haben darüber gesprochen, da gibt es Forderungen von uns, da gibt es auch Forderungen von den Grünen, in die Biotechnik einzusteigen, das wäre wirklich höchstwichtig. Ein Versprechen möchte ich beim StR Hauser einmahnen und zwar ist das der Geschäftsbericht. Wir haben die Zusicherung bekommen, nachdem wir uns schon das letzte Mal mit dieser Sachlage auseinandersetzen mussten, weil man nicht mehr bereit ist, vonseiten des Herrn Dir. Zeilinger, den Gemeindemandataren dieses gebundene Werk zur Verfügung zu stellen. Man hat halt den Verdacht, dass er nicht unbedingt möchte, dass diese Zahlenentwicklung in Papierform irgendwo herumliegt, weil das ist ja nicht sehr erfreulich. Ich verstehe das schon irgendwo, aber das ist wohl das Mindeste, dass die abstimmungsberechtigten Gemeindemandatare den gebunden Geschäftsbericht in Händen haben, bevor sie hier eine Entscheidung treffen. Das möchte ich wirklich klar und deutlich sagen und der Kollege Hauser hat in der letzten Sitzung, als es wieder darum gegangen ist, – Kollege, du weißt es, du warst ja auch mit dabei – versprochen, dass dieser Geschäftsbericht heute hier vorliegt. Das ist nicht der Fall.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nein!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Du wirst dafür Sorge tragen, hast du gesagt.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nein, das stimmt nicht!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wir wissen schon, von was wir gesprochen haben, Willi. Ich mache jetzt nicht dich persönlich dafür verantwortlich, du hast es eh schwer genug in den Stadtwerken, ich weiß das eh. Aber es ist schon eine Art des Umganges, wie man eben mit Mandataren umgeht und wie gesagt, ich verlange das für das nächste Mal, dass der Geschäftsbericht wieder in schriftlicher Form vorgelegt wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich nicht länger verbreitern, jeder weiß, dass es eine sehr dramatische Situation – trotz guter Leistungen der Mitarbeiter der Stadtwerke – in finanzieller Hinsicht ist und wir werden diesmal diesem Antrag, der ja folgendes beinhaltet, dass man die Bilanzsumme von Euro 40.990.000,--, dem Umsatz von Euro 16,6 Mio., das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit minus Euro 1.271.000,-- und das Bilanzergebnis mit minus Euro 797.000,-- beziffert, sowie den internen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz, Stadtbus und Gashandel die Zustimmung geben, aber wir fordern nochmals ein, sich wirklich ernsthaft darüber Gedanken zu machen, sich ein neues Standbein zu schaffen, denn Herr Bürgermeister, jetzt komme ich darauf, was ich eingangs meiner Wortmeldung gesagt habe, sonst wird der Herr Finanzreferent, und da spreche ich dich jetzt direkt an, in absehbarer Zeit dafür Sorge tragen müssen, dass im Stadtbudget eine Position geschaffen wird werden müssen, die hei-

ßen wird: Betriebskostenzuschüsse für die Stadtwerke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willi Hauser, Schlusswort bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Ja meine sehr geschätzten Damen und Herren. Ich möchte da natürlich auf ein paar Dinge eingehen. Einerseits zu dem, was der Kollege Dunst gesagt hat, Krankenstandsentwicklung; wir sind also im Bereich der Verbesserungen, es ist halt leider Gottes auch so, dass es manchmal den einen oder anderen Krankheitsfall gibt, wo es längere Krankenstände gibt, das schlägt sich halt auf alle nieder. Ich persönlich muss dazu sagen, wir haben also versucht und wir tun auch einiges mit Arbeitsmedizinerinnen udglm. um das zu senken, wir befinden uns hier auf einem Weg, wo es zumindest zu sinken beginnt, Wunder wirken können wir aber alle nicht. Bezüglich der Lehrlinge muss ich dazu sagen, wir bilden Lehrlinge in den Werkstätten aus, ...
Ja, ich weiß schon, du brauchst mir das nicht zu zeigen, ich weiß eh, dass wir 3 Lehrlinge haben. Es ist so, dass wir die Problemsituation bei Gas- und Wasserinstallateuren haben, dass wir eine Ausbildungsrichtung haben, die sozusagen nicht lehrabschlussprüfungsreif ist. Das bedeutet, dass wir also die Leute ausbilden können, mit den Dingen, die sie bei uns mit dem Gas- und Wasserleitungsbau machen und dann müssen wir sie zu anderen Firmen schicken. Die Bereitschaft dazu ist nicht unbedingt sehr groß und wenn wir das nicht tun und wenn wir keinen Kooperationspartner haben, dann kann er nicht einmal die Lehrabschlussprüfung machen. Das ist der Grund, warum wir in dem Bereich z. B. sehr vorsichtig sind mit den Ausbildungsgängen und die andere Seite, im Bereich der Werkstätte, da haben wir im Durchschnitt immer 1 bis 2 Lehrlinge, die wir ausbilden. Da kommt es natürlich auch immer auf die Kapazitäten an, die wir in dem Bereich haben. Was den Voranschlag bzw. den Unterschied zum Voranschlag betrifft, lieber Kollege Dunst, muss ich schon eines dazu sagen: Ich bin dafür, dass man immer vorsichtig budgetiert und die vorsichtige Budgetierung beinhaltet unter anderem den sogenannten worstcase und den worstcase muss ich auch bei den Materialien einrechnen, genauso wie bei allen anderen Dingen und der worstcase bei Materialien bedeutet, dass ich also mehr Material einrechnen muss, als ich womöglich unbedingt brauche. Trotz allem, da wird mir jeder Recht geben, überall wo Straßen neu errichtet werden, werden automatisch auch die Leitungen erneuert, weil u. a. gibt es in Steyr eine Grabungsordnung, wo man die Straßen 5 Jahre danach nicht mehr aufgraben soll, außer es gibt ein Gebrechen, aber so zur Erneuerung machen wir das nicht. Das heißt, das tun wir von Haus aus und überall dort, wo die Leitungen also in einem Zeitraum drinnen liegen, wie z. B. 40 Jahre aufwärts, haben wir immer gewisse Abschnitte, wo wir es machen müssen bzw. wo wir es automatisch tun und dann gibt es gewisse Bereiche, wo es Reparaturen gibt, aber es ist nicht so, dass wir einfach auf Teufel komm raus die Stadt rundherum aufgraben, nur damit wir das Material, das wir im Budget drinnen haben, verbauen. Es geht grundsätzlich darum, dass wir es dort verbauen, wo es notwendig ist, aber dass wir natürlich einrechnen müssen, wenn irgendwo etwas kaputtgeht, dass das so ist. Bei den Werkzeugen und Maschinen ist es halt auch so, dass wir gewisse Größenordnungen einrechnen, die nicht immer verbraucht werden. Jetzt sage ich nur ein kleines Beispiel dazu; wir haben beim Stadtbad Filter für die Wasseraufberei-

tungsanlage und nachdem wir jetzt hier ein neues System gefunden haben, mit dem Einbau eines Kathodensystems, wird sich also die Filterlebensdauer z. B. zwischen 10 und 15 Jahre erhöhen, daher brauchen wir also nur den Sand auswechseln, das Kathodensystem einbauen und dann passt es wieder. Trotzdem muss man damit rechnen, wenn irgendetwas vorher passiert, dass halt gewisse Dinge sind, daher wird immer bei den Materialien, Werkzeugen, Maschinen auch angenommen, dass das eine oder andere passieren kann. Z. B. haben wir im Budget für 2008 vorsichtshalber eine Eisaufbereitungsmaschine drinnen, weil sie halt dort und da schon einmal gezuckt hat, aber wir werden sie nicht anschaffen um € 100.000,--, wenn wir sie noch nicht unbedingt brauchen, sondern wir werden versuchen sie zu reparieren. So kommen u. a. Voranschläge zustande und die unterscheiden sich halt dann vom Geschäftsbericht, was wirklich verbraucht wurde. Das nächste, bezüglich der Preiserhöhungen, also bei einigen Dingen verstehe ich die Kritik insofern nicht, weil wir sozusagen nicht Bestimmer sind, ob wir Preise erhöhen oder nicht, weil wenn der OÖ Verkehrsverbund die Fahrkarten erhöht, dann müssen wir da mittun, weil wir sonst sozusagen nicht mehr drinnen sind, auf der anderen Seite haben wir gerade bei den Verkehrsbetrieben, das habe ich vorerst erwähnt, 1,3 Mio. Euro Defizit. Also wenn wir dort nicht ab und zu nachnivellieren, so wie es auch notwendig ist und wie es auch jetzt demnächst wieder sein wird, weil der OÖ Verkehrsverbund seine Preise um durchschnittlich 2 % erhöht, dann werden wir halt ins Hintertreffen geraten und des öfteren haben wir hier herinnen ja schon Diskussionen geführt, wenn man immer zu lange zuwartet, dann sind die Dinge für die Bürgerinnen und Bürger schwer zum Aushalten, weil es dann einen riesigen Schritt gibt. Die andere Seite ist, dass man natürlich von einem Betrieb wie den Stadtwerken in Wirklichkeit auch immer wieder verlangt, dass man kostendeckend ist, aber das muss mir wer sagen, wenn wir keine Preise erhöhen, wie wir dann kostendeckend arbeiten sollen. Daher gibt es also gewisse Zwänge und Nöte, um hier Anpassungen durchzuführen und wir bewegen uns aber immer in den gesetzlichen Vorgaben, da weise ich nur auf den Wasserpreis hin, wo uns ja auch manchmal sozusagen nachgesagt wird, dass wir uns hier in schwindelnden Höhen befinden, auf der anderen Seite bewegen wir uns aber durchaus im gesetzlichen Bereich und in den Vorgaben, die das Landesgesetz hier vorschreibt. Lieber Roman Eichhübl, ich habe das Protokoll von der letzten Verwaltungsausschusssitzung da. Es ist richtig, dass du sagst, es sollte jeder Gemeinderat die Möglichkeit haben, hier einzusehen, aber das was ich laut Protokoll zugesagt habe, ist das, was die Frau Kollegin Frech eingefordert hat, nämlich diese Vergleiche der Jahre von 2000 weg bis jetzt grafisch zu kriegen und die waren ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, alle wollten den Geschäftsbericht.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nein, nein, liebe Frau Kollegin, dann lese ich es wörtlich vor, damit wir nicht immer über Dinge streiten, die nachher nicht wahr sind. Ihr könnt es selber lesen, Frau Genossin, äh Frau Gemeinderätin Mag. Frech.

*Gelächter*

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das war schon eine Ausschusssitzung früher.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nein, ihr sagt immer nein, aber ich sehe das ja hier, weil ihr habt das ja gar nicht gehabt. „... ersucht um die Übermittlung der Darstellung der Vergleiche mit den einzelnen Jahren, denn die ist im Lagebericht nicht drinnen. Dieser Vergleich, wie ist die Entwicklung über 10 Jahre, ist auch für den Gemeinderat interessant.“ Und das habe ich zugesagt. Du hast später dann gesagt: „Die Diskussion gab es schon im vergangen Jahr und ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass vor einer Beschlussfassung der Sitzung des Gemeinderates die Mandatare das Recht dazu haben, entsprechende Unterlagen zu bekommen, wo man sich entsprechend vor der Gemeinderatssitzung, was die Abstimmung betrifft, zu verhalten hat.“ Das ist die Aussage von dir, da steht nichts drinnen, dass jeder einen gebundenen Geschäftsbericht bekommt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Jede Fraktion!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Stimmenthaltung? Bürgerforum Steyr. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Als erstes möchte ich mich für das Kompliment meines Kollegen Gerald Hackl bedanken, als er seine Ausführung über Chuzpe gemacht hat, war mir das eh schon verdächtig, ich habe mir gedacht, das kann doch kein Angriff sein, das ist sicher ein verstecktes Kompliment. Und siehe da, in Wikipedia nachgelesen, steht für Chuzpe aus dem jüdischen oder hebräischen kommend: „Ist eine Mischung aus zielgerichteter intelligenter Unverschämtheit, charmanter Penetranz und unwiderstehlicher Dreistigkeit. Im jüdischen und in den meisten europäischen Sprachen schwingt Anerkennung für eine Form sozialer Unerschrockenheit mit. Hier spricht man insbesondere von Chuzpe, wenn jemand in eigentlich verlorenen Situation mit Dreistigkeit noch etwas für sich herauszuschlagen versucht.“ Eingedenk der Mehrheitsverhältnisse finde ich das durchaus zutreffend und bedanke mich also bei dir, lieber Gerald, für das Kompliment.

*Gelächter*

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Gut, dann darf ich zu meinem einzigen Tagesordnungspunkt übergehen.

14) BauStr-2/06
Asphaltierungsprogramm 2006; Ennsdorf – Färbergasse BA 3; Auftragserweiterung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 10. September 2007 wird der Auftragserweiterung für die Verkehrsberuhigung Ennsdorf in Höhe von EUR 99.800,-- inkl. MWSt. an die Fa. Straßen- und Pflasterbau, Steyr, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 99.800,-- inkl. MWSt. sind im Budget 2007 bei VSt. 5/612000/002390 „Gemeindestraßen; Straßenbau Ennsdorf - Verkehrsberuhigung“ vorgesehen.

Ich ersuche um Zustimmung.

Herr Bürgermeister ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände mit der Summe von 1.600.900,-- Euro, Kenntnisnahme von Beschlüssen 72.800,-- Euro, das sind in Summe 1.673.700,-- Euro ausgegeben.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**ENDE DER SITZUNG: 18 UHR 20**

**DER VORSITZENDE:**

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**

MD-Stv. Präsidialdirektor
SR Dr. Gerhard Alphasamer eh.:

Gabriele Obermair eh.

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**

GR Rudolf Blasi eh.

GR Ing. Wolfgang Hack eh.